

## PROTOKOLL

### 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Steffisburg

Freitag, 12. März 2010

17.00 Uhr – 19.20 Uhr, Höchhus, Saal Dachstock, Höchhusweg 17, Steffisburg

---

|            |  |
|------------|--|
| Vorsitz    | Gerber Heinz, GGR-Präsident 2010   |
| Sekretär   | Zeller Rolf, Gemeindeschreiber   |
| Protokoll  | Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte<br>Traktandum 15 bis 18<br>Furrer Erika, Verwaltungsangestellte<br>Traktandum 19 bis 22<br>Sohm Alana, Lernende 3. Lehrjahr<br>Traktandum 23 bis 25   |
| Mitglieder | <p>EDU<br/>Bühler Markus<br/>Gerber Christian</p> <p>EVP<br/>Bachmann Margret<br/>Brönnimann Marlène<br/>Gyger Lukas<br/>Schweizer Thomas<br/>Wäfler Samuel</p> <p>FDP<br/>Bryner Franziska<br/>Gerber Jürg<br/>Pfister Sereina<br/>Riesen Michael<br/>Stauffer Sandro<br/>Trachsel Urs<br/>Wegmann Beat</p> <p>SP<br/>Erb Martin<br/>Hug-Wäfler Gabriela<br/>Jordi Katharina bis 19.05 h<br/>Jordi Peter bis 19.05 h<br/>Kunz Fritz<br/>Lehmann Ruth<br/>Maurer Peter bis 19.05 h<br/>Schanz Claudia<br/>Tschanz Therese<br/>Zimmermann Hans</p> <p>SVP<br/>Barben Adrian bis 19.05 h<br/>Berger Ulrich<br/>Canonica Barbara<br/>Gerber Heinz<br/>Grossniklaus Hans Ulrich bis 18.20 h<br/>Kropf Hansueli</p> |

|                                |   |                                 |     |
|--------------------------------|---|---------------------------------|-----|
|                                | Marti Hans Rudolf   | ab 17.25 h                      |     |
|                                | Marti Werner  |                                 |     |
|                                | Saurer Ursula   | bis 19.05 h                     |     |
|                                | Schwarz Elisabeth   |                                 |     |
| Davon entschuldigt             | Gerber Jürg (rekonvaleszent)<br>Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte (Ferien)   |                                 |     |
| Anwesend zu Beginn             | 32  |                                 |     |
| Absolutes Mehr                 | 17  |                                 |     |
| Mitglieder Gemeinderat         | Huder Ursulina  | Vorsteherin Bildung bis 19.05 h | SP  |
|                                | Kopp Lorenz   | Vorsteher Hochbau/Planung       | EVP |
|                                | Marti Jürg  | Vorsteher Präsidiales           | SVP |
|                                | Schenk Marcel   | Vorsteher Tiefbau/Umwelt        | SP  |
|                                | Schmid Susanna  | Vorsteherin Soziales            | SVP |
|                                | Schneeberger Stefan   | Vorsteher Sicherheit            | FDP |
|                                | Spycher Stephan   | Vorsteher Finanzen bis 18.20 h  | FDP |
| Davon entschuldigt             | Schenk Marcel (privater Anlass)   |                                 |     |
| Anwesende Vertreter Verwaltung | Finger Monika, Finanzverwalterin<br>Hadorn Hans-Peter, Abteilungsleiter Hochbau/Planung<br>Sohm Alana, Lernende 3. Lehrjahr<br>Furrer Erika, Verwaltungsangestellte |                                 |     |
| Medienschaffende               | 3   |                                 |     |
| Zuhörer                        | 5   |                                 |     |
| Gäste/Referenten               | Markus Siegenthaler, Bereichsleiter Informatik (Trakt. 17)  |                                 |     |

## ERÖFFNUNG

### Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

15. Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2010; Genehmigung
16. Informationen des Gemeindepräsidenten
17. Finanzen; Server Ersatz 2010/Virtualisierungsprojekt; Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 298'000.00 inkl. MWST
18. Postulat der FDP-Fraktion betr. „Optimierung der Aufsicht und Steuerung im Gemeinderat“ (2009/06); Abschreibung sowie Information über das Controlling im Unternehmen „Gemeinde Steffisburg“
19. Hochbau/Planung; Projekt „FeuerWerk“; Kenntnisnahme Abrechnung Verpflichtungskredit vom 28.11.2004
20. Hochbau/Planung; Ortsplanungsrevision; Kenntnisnahme Abrechnung Verpflichtungskredit vom 30.4.2004
21. Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29); Behandlung

- 22. Postulat der FDP-Fraktion betr. „Optimierung Busverbindungen nach 24.00 Uhr“ (2009/30);  
Behandlung
- 23. Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Integrationsimpuls durch angeordnete Erwerbsarbeit an  
der Schwelle zum Sozialhilfebezug“ (2009/31); Behandlung
- 24. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung
- 25. Einfache Anfragen

## VERHANDLUNGEN

Einleitend begrüsst Heinz Gerber alle Gäste, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, alle Mitglieder des Grossen Gemeinderates und des Gemeinderates sowie alle Abteilungsleitenden zur zweiten Sitzung des Grossen Gemeinderates im 2010.

Heinz Gerber gibt den Stimmzählenden die Zählzuständigkeit wie folgt bekannt:

|                       |                              |
|-----------------------|------------------------------|
| Fritz Kunz, SP        | Tische FDP, EDU, EVP und SVP |
| Margret Bachmann, EVP | Tische SP und Präsidialtisch |

Der Vorsitzende bittet an dieser Stelle die Ratsmitglieder allfällige neue parlamentarische Vorstösse einzureichen, damit diese anschliessend kopiert und verteilt werden können.

### 15 10.060.006 Protokolle

#### Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2010

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Januar 2010 wird einstimmig und mit Dank an die Verfasserin genehmigt.

### 16 10.060.000 Grosser Gemeinderat

#### Informationen des Gemeindepräsidenten

##### 16.1 Pensionierungen/Kündigungen

Ernst Gerber, Anlage- und Materialwart (Abteilung Sicherheit), tritt per 31. Januar 2011 vorzeitig in den Ruhestand. Gemeindepräsident Jürg Marti dankt ihm für die wertvolle Arbeit und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

Brian Boy, Verwaltungsangestellter Finanzen, hat seine Stelle per 31. Juli 2010 gekündigt. Herr Boy erhielt ein einmaliges Angebot, den sechsmonatigen Zivildienst bereits jetzt statt erst in zwei Jahren in einem für ihn bekannten und bedeutenden Heim zu leisten.

##### 16.2 Veränderungen Beschäftigungsgrad/Funktionsänderungen

Ruth Graf, Sachbearbeiterin Sozialversicherungen (Abteilung Soziales), reduziert ihren Beschäftigungsgrad von 100% auf 80% ab 1. Februar 2010. 10% der Stelle von Ruth Graf übernimmt neu Sylvia Müller, Verwaltungsangestellte Sozialversicherungen, per 1. Februar 2010. Die restlichen 10% werden im Stellenplan entsprechend reduziert.

Im Bereich Steuern wurden zwei Umwandlungen des Anstellungsverhältnisses vorgenommen. Francine Voyame und Erika Spring werden neu privatrechtlich im Stundenlohn statt öffentlich-rechtlich im Monatslohn beschäftigt. Im Erfassungszentrum der Steuererklärungen ist die Gemeindeverwaltung mit rückläufigen Zahlen konfrontiert, welche ein flexibles Arbeitsverhältnis bedingen. Dies ist eine Folge der elektronischen Erfassung der Steuererklärungen. Mit beiden Mitarbeiterinnen wurde die Umwandlung einvernehmlich gelöst.

Agnes Dörge, Jugendarbeiterin in der Jugendfachstelle z4 (Abteilung Soziales), wird neu die 80%-Stelle als Schulsozialarbeiterin auf den 1. April 2010 befristet bis 31. Dezember 2012 antreten.

### 16.3 Neuanstellungen

Die zweite Person als Schulsozialarbeiterin ist Heidi Grünenwald. Wie Agnes Dörge beginnt auch sie mit einem befristeten Arbeitsverhältnis ab 1. April 2010 bis 31. Dezember 2012. Der Beschäftigungsgrad beträgt ebenfalls 80%.

Daniela Gutte, Bademeisterin II (Abteilung Hochbau/Planung), tritt die Stelle per 1. März 2010 zu 100% an, welche bis am 30. September 2010 befristet ist. Sie ist privatrechtlich angestellt. Jürg Marti wünscht ihr eine gute Badesaison 2010.

Patrick Zahnd, Lernender im dritten Lehrjahr, tritt die Stelle in der Abteilung Finanzen als Verwaltungsangestellter Buchhaltung an. Er übernimmt die Stelle von Brian Boy per 1. August 2010, vorausgesetzt, dass er seine Lehrabschlussprüfung erfolgreich absolviert.

Das Arbeitsverhältnis von Lena Stauffer, Verwaltungsangestellte Erwachsenen- und Kinderschutz 60% (Abteilung Soziales), wird bis am 30. Juni 2010 verlängert.

### 16.4 Todesfälle

Marianne Berger, Büroangestellte Sozialversicherungen, ist am 5. Februar 2010 verstorben. Am 24. Februar 2010 mussten wir leider auch erfahren, dass Regula Hauswirth, Lehrkraft an der Oberstufenschule Zulg, bei einem Lawinenunglück ums Leben gekommen ist. Den Verstorbenen wird in einer Schweigeminute gedenkt.

### 16.5 Aktuelle Einwohnerzahl von Steffisburg

An der letzten GGR-Sitzung betrug die Einwohnerzahl 15'385 Personen. Aktuell beträgt die Einwohnerzahl 15'400 Personen.

### 16.6 Diskussionsveranstaltung Bypass Thun-Nord

Am 27. Januar 2010 fand im Seepark Thun die Diskussionsveranstaltung zum Bypass Thun-Nord statt. Jürg Marti dankt für die Teilnahme und das Interesse seitens der Mitglieder des Grossen Gemeinderates, des Gemeinderates und der Abteilungsleitungen. Auch dankt er für die eingegangenen Feedbacks. Momentan gibt es keine weiteren Neuigkeiten im Zusammenhang mit dem Projekt Bypass Thun-Nord zu vermelden.

### 16.7 Höchhus – Darlehens- und Pfandvertrag

Bis am 2. März 2010 sind keine Beschwerden zum Beschluss des Grossen Gemeinderates eingegangen. In der Zwischenzeit konnte der Darlehens- und Pfandvertrag neu erarbeitet und durch den Gemeinderat genehmigt werden. Vorgenommene Änderungen:

- Zweckerweiterung gemäss Beschluss des Grossen Gemeinderats (Baukosten und Liquiditätseingpässe aus Betrieb)
- Verschärfte Belegsvorlage (unaufgeforderte quartalsweise Berichterstattung)
- Dauer des Darlehens bis Ende 2010. Verlängerung erfolgt nur, wenn ein Gesuch eingereicht wird.

Am 9. Februar 2010 wurde eine Tranche von Fr. 62'000.00 ausbezahlt. Diese wurde für die Amortisation des Investitionshilfegesetz-Darlehens verwendet und für die Bauarbeiten im zweiten Stock, welche notwendig wurden, weil knapp die Hälfte des 2. Stocks vermietet ist. Dies bedeutet, dass aktuell ein offener Betrag von Fr. 39'920.00 besteht, welcher durch die Stiftung noch bezogen werden kann.

Ausblick: Der Gemeinderat wird am letzten März-Wochenende 2010 die traditionellen Klausurtagung durchführen. Einerseits wird sich der Gemeinderat mit dem Thema „Regierungsrichtlinien“ (Rückblick) und den zukünftigen Legislatorschwerpunkten (Ausblick) auseinandersetzen. Andererseits ist das Thema „Stiftung Höchhus“ ebenfalls traktandiert.

## **17 21.500.000 Organisation / Systembetrieb**

### **Finanzen: Server Ersatz 2010/Virtualisierungsprojekt: Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 298'000.00 inkl. MWST**

#### **Ausgangslage**

Im April 2005 wurden die vier 5-jährigen Pentium III Server durch die heutigen Intel Xeon Blade-Server ersetzt. Die evaluierte Bladeserver-Technologie hat sich in einer Laufzeit von rund 43'000 Betriebsstunden gut bewährt und der Informatikbetrieb konnte in den vergangenen Jahren sozusagen unterbrechungsfrei gewährleistet werden. Im 2010 ist die Lebensdauer dieser Hardwareteile erreicht, so dass der Ersatz der Server wieder fällig ist. Im Investitionsprogramm 2009 – 2014 wurde hierzu ein Betrag von Fr. 300'000.00 im Jahr 2010 eingestellt.

Das Rechenzentrum IZ am Höchhusweg 5 stellt alle Anwendungen und Ressourcen für den Informatikbetrieb der Gemeindeverwaltung zur Verfügung. Ab 2011 werden zudem die Server der Volksschulen gemäss Informatikkonzept Schulen im Rechenzentrum betrieben. Eine Serverumgebung für die Verwendungsdauer von fünf Jahren zu planen, ist keine einfache Aufgabe. Kaum eine Branche ist so kurzlebig wie die Informatik und in keiner anderen Branche sind in den vergangenen Jahren die Ansprüche so stark gestiegen wie in der IT. Dies trifft auch auf die Gemeindeverwaltung Steffisburg zu. So hat sich der Ressourcenbedarf bei jedem Server Ersatz mehr als verdoppelt. Der Fokus des Projekts richtet sich daher auf die Flexibilität und Skalierbarkeit der neuen Lösung, um auch künftige und noch nicht bekannte Anforderungen möglichst abdecken zu können. Zudem soll die stetig wachsende Umgebung auch weiterhin mit einem vernünftigen Aufwand betrieben und unterhalten werden können.

Für den Server Ersatz 2010 wurden die nachfolgenden Hauptmerkmale festgelegt. Sie bildeten die Ausgangslage für die Evaluation der Technologie und die Erarbeitung des Konzepts. Für die Beratung wurde eine externe Firma beigezogen.

- Der Server Ersatz 2010 soll in einem Konzept zusammengefasst werden.
- Der Server Ersatz 2010 beinhaltet ausschliesslich den Ersatz der Hardware. Die Software (Betriebsysteme und Applikationen) soll 1:1 übernommen werden.
- Ersetzt werden insgesamt 16 Server und 1 Storage für eine Laufzeit von 5 Jahren
- Ersetzt werden zwei Notstromanlagen (USV) für eine Laufzeit von mindestens 10 Jahren
- An den Arbeitsplätzen der Benutzer soll sich im Zusammenhang mit dem Server Ersatz nichts verändern.
- Der Betrieb und Unterhalt der Server sollen effizienter werden und die wachsende Umgebung soll auch weiterhin von zwei Systemspezialisten betreut werden können.
- *Green-IT* – Der Energieverbrauch des Rechenzentrums soll gesenkt werden.
- Die Serverumstellung soll an einem Wochenende erfolgen.

## Stellungnahme Gemeinderat

### Allgemeine Erläuterungen

Das vorliegende Geschäft ist vorwiegend ein technisches Projekt. Fachspezifische Ausdrücke lassen sich im folgenden Text leider kaum vermeiden. Der Bericht wurde so kurz wie möglich gehalten. Die einzelnen Themen sind im Virtualisierungskonzept, welches den Fraktionen in zweifacher Ausführung anfangs Februar 2010 zugestellt wurde, näher und ausführlicher beschrieben.

Selbst wenn die 5-jährigen Server im Verhältnis zur Lebensdauer anderer, technischer Anlagen noch relativ jung sind, sind sie technologisch bereits veraltet. Dies ist jedoch nichts Ungewöhnliches und in der Computerbranche auch nichts Neues. Fünf Jahre sind für einen Server eine überdurchschnittlich lange Lebensdauer. Seit der Anschaffung im Jahr 2005 sind viele Neuerungen auf dem Markt erschienen und viele neue Anforderungen sind entstanden und umgesetzt worden. Der Grund, warum die Server ersetzt werden, ist nicht primär der Verschleiss, sondern der veraltete, technische Stand.

Der Hauptgrund, warum der Ersatz notwendig ist, ist der Verfall der Garantie. Server ohne Garantie sind äusserst riskant, insbesondere je älter sie werden. Denn die Garantie sichert die Verfügbarkeit der Ersatzteile und die Reaktionszeit deren Beschaffung. Eine Erweiterung der Garantie nach 5 Jahren ist aufgrund ausgehender Ersatzteilbestände meist sehr teuer und steht kaum mehr im Verhältnis zur Leistung der Server.

Der Server Ersatz 2010 beinhaltet keine Aktualisierung der Betriebssysteme. Anders als bisher muss mit der evaluierten Technologie das Betriebssystem nicht zwangsläufig mit der neuen Hardware aktualisiert werden, da Hardware und Betriebssystem nicht mehr unmittelbar aneinander gebunden sind. Diese Voraussetzung erleichtert den Ersatz erheblich, da der anspruchvollste und zeitintensivste Teil jeweils mit der Migration der Betriebssysteme verbunden ist. Die Migration auf *Windows Server 2008* kann somit zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Sie ist im Jahr 2012 geplant.

Die vorgegebenen Projektziele schränken die technischen Möglichkeiten und Varianten für den Server Ersatz ein. Eine neue Serverumgebung parallel im Rechenzentrum für die Migration aufzubauen und vorzubereiten, ist bezüglich den Ressourcen wie Platz, Stromversorgung und Kühlung eine Herausforderung. Der zeitliche Aspekt für die Migration in nur zwei Tagen ist die grösste Hürde. Es musste eine Technologie evaluiert werden, die diesen Herausforderungen entgegentritt.

### Virtualisierungstechnologie

Durch die stetige Weiterentwicklung der Mehrkernprozessoren haben die Technologiekonzerne in den vergangenen Jahren grosse Fortschritte erzielt und bieten heute eine Rechenleistung, die von einem einzelnen Server kaum mehr ausgelastet werden kann. Eine durchschnittliche Prozessorauslastung von nicht mal 10 % ist mit heutiger Technologie durchaus normal. Ersetzt man die heutigen Server durch Server mit neuster Prozessortechnologie, würden rund 90% der erworbenen Rechenressourcen gar nicht erst verwendet werden. Die Betriebskosten hingegen würden sich trotz der geringen Auslastung kaum reduzieren. Dies ist die Ausgangslage, an welcher die Virtualisierungstechnologie zum Tragen kommt.

Die Virtualisierung ist ein zusätzlicher Layer (Softwareschicht) zwischen Hardware und Betriebssystem und erlaubt mehreren Betriebssystemen auf dieselben Hardware Ressourcen zuzugreifen. Damit wird es möglich, mehrere *virtuelle Server* auf einem *physikalischen Server* zu betreiben und dadurch die verfügbaren Hardware Ressourcen effizienter zu nutzen.

Obwohl die Virtualisierung erst seit kurzem in der ganzen Informatikbranche ein grosses Thema ist, ist es keine neue Idee. Durch die stetig wachsenden Infrastrukturen ist diese Technik jedoch aktuell wie nie zuvor. Die Virtualisierung wird bereits seit einigen Jahren von unzähligen Firmen genutzt. Zu den grössten gehören mit Sicherheit zahlreiche Universitäten und Technologiekonzerne. In der Schweiz sind es unter anderem seit 2006 das BIT (Bundesamt für Informatik und Telekommunikation) und Gemeinden wie Ostermundigen und Burgdorf.

Die Virtualisierung besitzt interessante, finanzielle Aspekte, da die Anzahl benötigter, physikalischer Server deutlich reduziert wird. Um die Virtualisierung im Rechenzentrum der Gemeindeverwaltung realisieren zu können, werden vier gut ausgestattete Server mit Mehrkernprozessoren benötigt, die mindestens je acht virtuelle Server beinhalten können. Die geplante Infrastruktur erlaubt somit den Betrieb von mindestens 32 virtuellen Servern. Dadurch wird es möglich, künftig neue Server bereitzustellen, ohne in Hardware investieren zu müssen. Dieser Vorteil kam bereits letztes Jahr zum tragen, da ein bestehender Server für ein Virtualisierungs-Testprojekt ausgebaut werden konnte und heute fünf virtuelle Server beinhaltet. Dies ersparte der Gemeindeverwaltung im 2009 rund Fr. 30'000.00 für die Beschaffung neuer Hardware.

Eine weitere Kosteneinsparung bietet die Virtualisierung mit den sinkenden Betriebskosten für Stromversorgung und Kühlung. Einer Studie zufolge lassen sich mit der kompletten Virtualisierung bis zu 80 % der Energiekosten einsparen. Ganz so viel wird die Gemeindeverwaltung allerdings nicht sparen, da bereits die Bladeserver eine energieeffizientere Lösung waren. Mit der Virtualisierung wird die Energieeffizienz jedoch nochmals gesteigert und die Gemeindeverwaltung übernimmt damit erneut Verantwortung gegenüber dem steigenden Energiebedarf der Computer und leistet dadurch einen Beitrag zur Senkung der CO<sup>2</sup>-Emissionen. Nebst den finanziellen Vorteilen besitzt die Virtualisierung aber auch viele Vorteile in der Verfügbarkeit und der Verwaltung der Server. Hierzu näher einzugehen, würde jedoch den Rahmen des Berichts sprengen. Einzelheiten können im *Virtualisierungskonzept* nachgelesen werden.

#### Evaluieren der Virtualisierungstechnologie

Auf dem Markt gibt es mehrere Virtualisierungslösungen. Die drei bewährtesten Produkte stammen von den Firmen VMware, Microsoft und Xen (Citrix). Die Firma VMware ist der Pionier der Virtualisierung und ist mit ihren Lösungen seit 1999 auf dem Markt. Seit zwei Jahren bietet auch Microsoft mit dem Produkt *Hyper-V* Virtualisierung an und die Virtualisierungslösung von Citrix ist eine Software von der Firma XenSource die im 2007 von Citrix gekauft wurde.

Auch wenn die Gemeindeverwaltung seit 2005 die Terminalserverlösung *Metaframe* von Citrix für den Betrieb von serverbasierten Applikationen verwendet, ist *Xen Server* von Citrix keine direkte Synergie mit den Terminalservern. Citrix *Metaframe* lässt sich auf allen Virtualisierungsplattformen betreiben, da sich die Prozesse und Programme in der virtuellen Umgebung genauso verhalten wie auf einer physischen Umgebung. Demzufolge bietet die *Xen Server* Lösung von Citrix nicht den entscheidenden Vorteil für die Gemeindeverwaltung Steffisburg. Der Bereich Informatik hat sich vielmehr für die Lösung von VMware entschieden.

VMware bietet seit einiger Zeit mit dem Produkt *ESXi* kostenlose Servervirtualisierung, die auf der kostenpflichtigen Lösung aufbaut und abgesehen von den Hochverfügbarkeitsfunktionen identisch ist. Dies soll den Systemverantwortlichen den Umgang mit der Servervirtualisierungen näherbringen. Die *ESXi* Lösung wird seit rund einem Jahr im Rechenzentrum der Gemeindeverwaltung betrieben und beinhaltet zurzeit fünf produktive, virtuelle Server. Weitere Erfahrungen mit VMware erarbeitete sich der Bereich Informatik anfangs 2009 mit der Einführung der Virtualisierung in der NetZug AG. Das erworbene Wissen und die gewonnenen Erfahrungen sind die ausschlaggebenden Gründe für den Entscheid für VMware. Eingesetzt wird *VMware vSphere 4 Advanced* mit dem *vCenter Server* für die Verwaltung der Infrastruktur.

#### Anforderungen Virtualisierungsserver

Die Anzahl virtueller Server die auf einem physikalischen Server betrieben werden kann, hängt zum einen vom Verwendungszweck und zum anderen von der Hardwareausstattung ab. Ein Domänencontroller benötigt beispielsweise deutlich weniger Ressourcen als ein Terminalserver. Als Faustregel gilt jedoch: ein virtueller Server pro Prozessorkern. Ein wichtiger Hardwarefaktor bei der Virtualisierungen ist zudem der Arbeitsspeicher. Es sollte nur soviel Arbeitsspeicher virtuell vergeben werden wie physikalisch vorhanden ist.

Um die Virtualisierung im Rechenzentrum IZ einzuführen und den Betrieb heute und morgen sicherzustellen, wird ein Cluster (Verbund von Servern) aus mindestens 32 Prozessorkernen und 192 GB RAM benötigt. Ob 4 Dual-Quad-Core (4 x 2 x 4) oder 3 Dual-Six-Core (3 x 2 x 6) Server zum Einsatz kommen, muss zum Zeitpunkt der Beschaffung entschieden werden, da die Preise der teuren Six-Core Prozessoren noch fallen werden.

Das bessere Preis-Leistungs-Verhältnis zum Zeitpunkt der Beschaffung gibt letztendlich den Ausschlag für 4 oder sogar nur 3 Server. Da die Anzahl physischer Prozessoren für die Kostenberechnung der Virtualisierungslizenzen massgebend ist, wird zum heutigen Zeitpunkt von 8 Prozessoren ausgegangen (4 Dual-Quad-Core Server).

#### Anforderungen Managementserver

Die beiden 5-jährigen *Roline* Management Server werden nicht virtualisiert, sondern durch eigenständige, moderne Hardware ersetzt. Der Management Server im Serverraum dient als Konsole für die Administration der Server und der Storage. Der Management Server im Büro des Bereichsleiters Informatik wird für die Verwaltung der Virtualisierung und für die Datensicherung benötigt. Dieser Server wird mit einem LTO-4 Bandlaufwerk für die Bandsicherung ausgestattet. Die Sicherungsmethoden sind im *Virtualisierungskonzept* ausführlich beschrieben. Diese Server werden als einzige Server neu installiert und mit *Windows Server 2008* ausgestattet, da sie eine ideale Plattform sind, um den *Windows Server 2003* Nachfolger im produktiven Betrieb erleben zu können.

#### Anforderungen Storage

Im vergangenen Jahr wurden mit der *NetApp FAS2050* und *FAS2020* zwei neue, unabhängige Massenspeicher angeschafft, die als CIFS NAS für die Speicherung und Spiegelung von Filedaten eingesetzt werden. Bei der Evaluierung wurde darauf geachtet, dass die Massenspeicher auch für die neue Serverinfrastruktur verwendet werden können, egal welche Technologie letztendlich gewählt wird. Um die Massenspeicher für die geplante Virtualisierung einsetzen zu können, muss die *FAS2050* mit dem NFS Protokoll, 8 zusätzlichen 300 GB Festplatten und 2 Dual-GbE Netzwerkkarten ergänzt werden. Für die *FAS2020* werden 6 zusätzliche 1 TB Festplatten benötigt. Für die Sicherung der virtuellen Server wird die *NetApp Software Snapshot Manager for virtual Infrastructure* beschafft. Welche Vorteile und welche Leistungen diese Software bietet, ist im Kapitel Backup vom *Informatikkonzept* genau beschrieben.

Die Garantie und der Support der neuen Komponenten werden in den bestehenden Supportvertrag vom 2009 integriert, so dass die Garantielaufzeit aller Komponente zur selben Zeit im 2014 endet.

#### Anforderungen Netzwerk

Für die Anbindung der Server an die Storage wird ein separates NFS Netzwerk mit handelsüblichen Ethernet Netzwerkkomponenten aufgebaut. Benötigt werden zwei 1 GBit/s Ethernet Switchs für das NFS Netzwerk und ein Core-Switch Modul für die Anbindung der Server an das interne Netzwerk (LAN).

#### Anforderungen USV (Notstromversorgung)

Im Zusammenhang mit dem Server Ersatz 2010 wird auch die Stromversorgung im Serverraum neu gestaltet und von der bisherigen USV-Anlage Gemeindehaus, welche sowohl das ganze Gebäude wie auch die Informatik mit Notstrom versorgt hat, abgetrennt. Benötigt wird eine speziell für Serverräume ausgelegte Notstromversorgung, die über die ganze Lebensdauer mit Wartung versorgt wird. Abklärungen mit einer spezialisierten Firma, die bereits die Notstromversorgung des Serverraums der NetZulg AG realisiert hat, haben ergeben, dass eine Anlage mit einer Leistung von 15 kVA /13 kW ideal ist, obwohl nur knapp 7 kW für den Betrieb der neuen Infrastruktur notwendig wären. Massgeben für die Berechnung der Leistung ist nicht der tatsächliche Verbrauch im Betrieb, sondern die maximale Auslastung während dem Einschalten der Geräte. Da die Lebensdauer der Notstromanlage für mindestens 10 Jahre ausgelegt wird, wird nun eine Reserve von 5 kW einberechnet, um zu verhindern, dass bei künftigen Erweiterungen wieder zusätzliche, autonome Anlagen beschafft werden müssen. In der nächsten Zeit dient die Reserve für eine längere, einheitliche Überbrückungszeit aller Geräte im Serverraum bei einem Stromausfall und somit für einen besseren Schutz. Durch die jährliche Wartung wird sichergestellt, dass die Funktionstüchtigkeit gewährleistet ist, da eine Fehlfunktion ansonsten erst im Ernstfall festgestellt würde.

#### Einmalige Kosten



Die einmaligen Kosten für den Server Ersatz 2010 gliedern sich in 5 Gruppen. Nach diesen Gruppen erfolgen die Aufträge an spezialisierte Unternehmen. Die Preise basieren auf Richtofferten vom Dezember 2009 und Januar 2010.

|  |                       |
|--|-----------------------|
| Total VMware, beinhaltet Lizenzen und Dienstleistungen                             | Fr. 55'000.00         |
| Total Server, beinhaltet Hardware und Garantieleistungen                           | Fr. 96'000.00         |
| Total Storage, beinhaltet Hardware, Lizenzen, Support/Updates und Dienstleistungen | Fr. 84'000.00         |
| Total Netzwerk, beinhaltet Hardware und Dienstleistungen                           | Fr. 15'000.00         |
| Total USV, beinhaltet Hardware, Elektroinstallationen und Dienstleistungen         | Fr. 33'000.00         |
| +5% Reserve für Dollarschwankungen, Preiserhöhungen, Unvorhergesehenes             | Fr. 15'000.00         |
| <b>Total einmalige Kosten Server Ersatz 2010 inkl. MWSt</b>                        | <b>Fr. 298'000.00</b> |

#### Jährlich wiederkehrende Kosten

Die folgenden Kosten sind jährlich wiederkehrend:

|  |              |
|--|--------------|
| Wartungsvertrag USV Anlage                                   | Fr. 1'400.00 |
| VMware Sphere 4 Advanced Gold Support/Subscription für 8 CPU | Fr. 6'000.00 |
| VMware vCenter Server Standard Gold Support/Subscription     | Fr. 1'800.00 |

**Total jährlich wiederkehrende Kosten Server Ersatz 2010 inkl. MWSt** **Fr. 9'200.00**

#### Behandlung

Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen, erläutert das Geschäft anhand des vorstehenden Berichts und des Virtualisierungskonzepts. Das Virtualisierungskonzept wurde den Fraktionschefs und dem AGPK-Präsidenten in einem Vorausversand zum Studium zugestellt. Dieses zeigt im Detail auf, wofür der vorgesehene Verpflichtungskredit von Fr. 298'000.00 eingesetzt wird.

Die eingegangenen Fragen der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission beantwortet Stephan Spycher wie folgt:

*Entstehen durch die Einführung der Servervirtualisierung und die Einführung der VMware Software möglicherweise Probleme mit Citrix bzw. mit dem Windows Betriebssystem?*

Stephan Spycher versichert, dass die Servervirtualisierung und die Einführung der VMware Software zusammen mit Citrix und dem Windows Betriebssystem funktionieren werden. Bei der Netz-Zug AG wurde die Servervirtualisierung bereits im 2009 eingeführt. Dabei konnte die Informatik gute Erfahrungen bezüglich der VMware Software erarbeiten. Geplant ist, die alten Systeme bis zum Tag X weiterlaufen zu lassen. Parallel dazu werden die neuen Server bereit gestellt und ausgetestet. Anschliessend erfolgt die Migration der Programme und der Daten an einem Wochenende.

*Letztes Jahr wurde ein Verpflichtungskredit für das Informatikkonzept Schulen bewilligt. Ist dieses Informatikkonzept mit dem Serverersatz und dem Virtualisierungskonzept kompatibel?*

Gemäss Stephan Spycher handelt sich bei der Schulinformatik um ein separates, getrenntes System. Die Gemeindeverwaltung und die Schulen sind nicht miteinander verbunden, nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen. Die Schulleitungen haben einen begrenzten Zugriff auf die Gemeindesoftware.

*Entsteht durch den Ersatz der Server und das Virtualisierungsprojekt künftig eine Mehrbelastung der Angestellten bei der Abteilung Informatik?*

Stephan Spycher orientiert, dass mit dem bestehenden Team die neuen Systeme betreut werden können, ohne Überstunden zu generieren.

Stephan Spycher bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag des Gemeinderates Folge zu leisten und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Mittlerweile ist Hans-Rudolf Marti eingetroffen. Neu sind 33 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 17.

### Stellungnahme AGPK

Lukas Gyger, Präsident AGPK, teilt mit, dass nach den kompetenten Ausführungen von Stephan Spycher und Monika Finger an der AGPK-Sitzung die Notwendigkeit der neuen Server nicht bestritten ist, um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden und um die Risiken zu minimieren. Die Flexibilität wird gesteigert und Ressourcen können eingespart werden. Die AGPK hat diesem Geschäft mit 6 zu 0 Stimmen zugestimmt.

### Eintreten

Ulrich Berger gibt namens der SVP-Fraktion das Eintreten bekannt. Über das Vorhaben wurde rechtzeitig, ausführlich und kompetent informiert, was von der SVP-Fraktion sehr positiv aufgenommen wurde. Die fachliche Beurteilung ist schwierig. Sie hat jedoch Vertrauen in die Fachleute, sieht die Notwendigkeit des Ersatzes und wird somit dem Geschäft zustimmen.

Beat Wegmann von der FDP-Fraktion teilt mit, dass die Informatik ein zentrales Arbeitsmittel von vielen Betrieben ist, ebenso der Gemeindeverwaltung. Weil sie so zentral ist, dürfen keine Risiken eingegangen werden. Die FDP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, wenn Komponenten, welche das Lebensalter erreicht haben, ersetzt werden. Sie ist der Ansicht, dass der Kapitalbedarf im Abgleich zur Wichtigkeit der Bedeutung der EDV-Sicherheit verhältnismässig ist. Den Verantwortlichen wird das entsprechende Vertrauen geschenkt. Die FDP-Fraktion ist für das Eintreten und wird dem Verpflichtungskredit und den entsprechenden Folgekosten zustimmen.

Claudia Schanz von der SP-Fraktion dankt für die ausführlichen, informativen Unterlagen. Der Umstieg auf die virtuelle Ebene ist sinnvoll. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass anschliessend effizienter gearbeitet werden kann. Es darf nicht vergessen werden, dass im 2012 das Betriebssystem auch angepasst werden muss. Diese ganze Migration wird anspruchsvoll und zeitintensiv sein. Die Kosten für diese Anpassung werden hoch ausfallen. Diese sind entsprechend ins Investitionsprogramm aufzunehmen. Zudem begrüsst sie, dass Ressourcen optimal ausgeschöpft sowie die Energieeffizienz und IAO-Standards soweit möglich berücksichtigt werden. Die SP-Fraktion wird auf das Geschäft eintreten und diesem zustimmen.

Lukas Gyger teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie von diesem Projekt überzeugt ist, auch hinsichtlich der Notwendigkeit und des Zeitpunkts der Umsetzung. Die EVP/EDU-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

### Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

### Schlusswort

Stephan Spycher, Departementvorsteher Finanzen, dankt für das Vertrauen und die Zustimmung.

### **Schlussabstimmung**

Einstimmig fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Für den Ersatz der Server und der USV-Anlage gemäss Virtualisierungskonzept wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 298'000.00 zu Lasten der Funktion 029 bewilligt. Die jährlichen Folgekosten gelten ebenso als bewilligt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Stephan Spycher, Departementvorsteher Finanzen
  - Finanzen (2-fach)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 20. April 2010, in Kraft.

## 18 10.061.002 Postulate

### Postulat der FDP-Fraktion betr. „Optimierung der Aufsicht und Steuerung im Gemeinderat“ (2009/06): Abschreibung sowie Information über das Controlling im Unternehmen „Gemeinde Steffisburg“

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 6. März 2009 reichte die FDP-Fraktion ein Postulat mit folgendem Begehren ein: *„Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen, wie er seine Organisationsverordnung vom 1. Januar 2003 anpassen muss (insbesondere Art. 23 „Geschäfts- und Terminkontrolle, Art. 45 „Kreditkontrolle“ und Art. 54 „Periodische Berichterstattung“), damit in Zukunft eine standardisierte und über alle Abteilungen vereinheitlichte Aufsicht und Steuerung der Geschäfte des Gemeinderates sichergestellt werden kann.“*

Der Gemeinderat hat das Postulat am 9. März 2009 der Abteilung Präsidiales zur Stellungnahme zugewiesen.

Am 19. Juni 2009 hat der Grosse Gemeinderat das Postulat angenommen. Das Postulat soll durch den Gemeinderat unter Einbezug des an der Sitzung vom 6. März 2009 durch den Grossen Gemeinderat angenommenen Antrags der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission, worin der Gemeinderat beauftragt wurde, Prozesse auszuarbeiten und umzusetzen, die ein funktionierendes Controlling garantieren, weiterbearbeitet werden.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission im Jahr 2008 ihre jährliche Überprüfung zum Thema „Controlling“ im Zusammenhang mit der Umsetzung der Regierungsrichtlinien durchführte und die damalige Präsidentin der AGPK den Grossen Gemeinderat am 28. November 2008 umfassend über das Prüfungsergebnis und die in diesem Zusammenhang abgegebene Stellungnahme des Gemeinderates informierte (siehe Protokoll vom 28.11.2008, Traktandum Nr. 83, Seiten 211 - 213).

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Im Rahmen der Erarbeitung des Organisationshandbuchs (OHB) hat sich der Gemeinderat umfassend mit den Aufgaben, Verantwortungen und Kompetenzen auf Behördenstufe befasst und dabei auch über Prozessabläufe und Kontrollsysteme diskutiert. Das OHB ist seit dem 1. Januar 2009 in Kraft und die damit verbundenen Erlassrevisionen sind bereits abgeschlossen oder sind bei den zuständigen Abteilungen in Bearbeitung.

Vorab darf festgehalten werden, dass bereits heute auf Behörden- wie auch auf Verwaltungsstufe ein Controlling, also ein Steuerungselement auf Führungsstufe, sowie verschiedene Kontrollsysteme bestehen. Das Controlling ist eine klassische Führungsaufgabe, welche in unserem System von verschiedenen Personen täglich ausgeübt wird.

Der Gemeinderat hat sich im Rahmen einer Strategiesitzung zum Thema „Controlling“ mit folgenden Fragestellungen beschäftigt:

- Wie definiert sich das Controlling auf Gemeindeebene – Controlling im Gemeinwesen?
- Welche Tätigkeiten werden bereits heute im Sinne eines Controllings umgesetzt?
- Wo bestehen noch Handlungsfelder bezüglich des Controllings?
- Wie sehen mögliche Controllingmodelle in den Handlungsfeldern aus?

Er nahm von den bisherigen Controllingaktivitäten der einzelnen Abteilungen Kenntnis und erachtet diese als zweckdienlich und sinnvoll. Diese sollen weitergeführt werden. Eine Aufzählung der Tätigkeiten erfolgt mündlich an der Sitzung des Grossen Gemeinderats durch Gemeindepräsident Jürg Marti.

Der Gemeinderat entschied anlässlich der Strategiesitzung folgende Neuerungen umzusetzen:

- Mit der Einführung der neuen Regierungsrichtlinien 2011 – 2014 (neu: Legislatorschwerpunkte 2011 – 2014) wird der Gemeinderat periodisch die Ziele auf deren Erreichung prüfen. Ende Jahr erfolgt jeweils eine Beurteilung basierend auf einem Ampelsystem. Grün bedeutet, dass die Ziele und die Termine mit den gegebenen Ressourcen eingehalten werden. Bei Orange können Ziele mit einer kleinen Abweichung bezüglich Termin und/oder Ressourcen erreicht werden. Mit Rot wird dokumentiert, dass die Ziele nicht mehr oder nur noch mit erheblichen Verzögerungen oder finanziellen Aufwendungen realisierbar sind. Die Resultate des Ampelberichts werden neu im Verwaltungsbericht (ab der Ausgabe 2010) kommuniziert.
- Die Legislatorschwerpunkte 2011 – 2014 sollen neu wenn möglich mit dem Finanzplan verknüpft werden. Zudem ist die Anzahl Hauptziele zu reduzieren, damit genügend personelle und finanzielle Ressourcen auf Schwerpunkte konzentriert werden können. „Weniger ist mehr.“
- Bei Projekten ab einem Verpflichtungskredit von Fr. 150'000.00 ist das Projektcontrolling (aktive Kreditbewirtschaftung) nach klaren Vorgaben umzusetzen. Dazu wurde ein entsprechendes Flussdiagramm erarbeitet. Mit dem neuen Prozessschema wird das Vorgehen wie folgt illustriert: Wer hat was wie umzusetzen, zu dokumentieren und zu informieren, damit rechtzeitig bei Abweichungen interveniert werden kann. Zu berücksichtigen gilt es dabei, dass teilweise auch Entscheide aus verschiedenen Gründen innerhalb weniger Stunden getroffen werden müssen. In diesen begründbaren Ausnahmefällen wird das zuständige Organ so rasch als möglich (bei nächster Sitzung) informiert und das Geschäft diesem zur formellen Beschlussfassung unterbreitet.
- Die Einführung des Projektcontrollings ist keine eigentliche Neuerung, sondern eine Ergänzung und Optimierung des bisherigen Vorgehens. Die aktive Kreditbewirtschaftung wurde bislang in jeder Abteilung individuell geführt. Die Kontroll- und Informationsaktivitäten gestalteten sich somit unterschiedlich und waren nicht zuletzt auch personenabhängig.

Nähere Erläuterungen zur Aufsicht und zur Steuerung im Gemeinderat wird der Gemeindepräsident im Rahmen einer Präsentation zum Thema „Controlling“ an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 12. März 2010 unter diesem Traktandum mündlich abgeben. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf die separate Beilage „Prozess Projektcontrolling“ hingewiesen.

Der Gemeinderat empfiehlt dem Grossen Gemeinderat, das Postulat aufgrund der vorgenommenen Optimierungen und Ergänzungen im Bereich des Controllings als erfüllt abzuschreiben. Ebenfalls erledigt ist damit der Auftrag der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission aus der GGR-Sitzung vom 6. März 2009.

### **Behandlung**

Gemeindepräsident Jürg Marti erläutert das Geschäft anhand nachfolgender Power-Point-Präsentation und nimmt ergänzend wie folgt Stellung:

## Ausgangslage



- Prüfungsbericht AGPK „Kontrolle und Umsetzung der Regierungsrichtlinien 2007 – 2010 (14.10.2008)

#### Forderungen:

Der Gemeinderat sowie die Abteilungsleitungen sollen einmal jährlich zuhause der AGPK einen Ampelbericht abgeben (Zielerreichung und Realisierungsstand der Massnahmen)

#### Verpflichtung des Gemeinderats:

Der Gemeinderat führte bereits Zwischenbilanzen durch, welche Ende 2010 definitiv überarbeitet werden. Ab 2011 erfolgt die Berichterstattung voraussichtlich im Verwaltungsberichts.

18.03.2010

2

Der Gemeinderat hat unabhängig dieser Forderung bereits eine erste Zwischenbilanz durchgeführt. Am Seminar im Kemmeriboden wird er dieses Thema aufnehmen und eine zweite Zwischenbilanz vornehmen, damit Ende dieses Jahres eine Schlussbilanz gezogen werden und eine entsprechende Berichterstattung über die Regierungsrichtlinien erfolgen kann.

## Ausgangslage



- Seminar Kemmeriboden 2009 – Rollendefinition Gemeindepräsidium

#### Beschluss:

Es ist zu prüfen, in welcher Form ein Controlling (Projektcontrolling, Gesamtcontrolling) eingeführt werden soll.

- Postulat der FDP-Fraktion „Optimierung der Aufsicht und Steuerung im Gemeinderat 2009/06

#### Debatte im GGR:

Anpassung, respektive Umsetzung der Art. 23, 45, und 54 der OV

18.03.2010

3

Am Seminar im Kemmeriboden 2009 wurde geprüft, ob es sinnvoll ist, bei der Gemeindeverwaltung Steffisburg ein Gesamtcontrolling in Betracht zu ziehen oder nur in gewissen Bereichen, d.h. in Form eines Projektcontrollings.

## Umsetzung OV - zusammenfassend



#### Art. 23 OV - Geschäfts- und Terminkontrolle ✓

- 1 Die Abteilung Präsidiales führt eine Geschäfts- und Terminkontrolle.
- 2 Für die Einhaltung der Termine sind die Departementsvorstehenden verantwortlich.
- 3 Es ist Sache der Abteilungen, eine eigene Terminkontrolle zu führen.

#### Art. 45 OV - Kreditkontrolle

Wer über bewilligte Kredite verfügt,


- a erfasst fortlaufend die eingegangenen Verpflichtungen;
- b stellt sie den beschlossenen Krediten gegenüber und
- c informiert den Gemeinderat unverzüglich über drohende Kreditüberschreitungen.

#### Art. 54 OV - Periodische Berichterstattung ✓

- 1 Die Abteilungsleitung hält sich über den aktuellen Stand der Geschäfte ihrer Abteilung auf dem Laufenden.

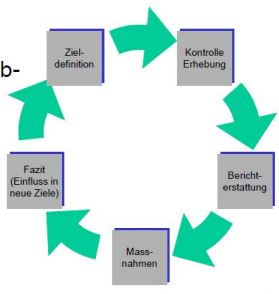
18.03.2010

4




## Die Definition

- Zieldefinition
- Kontrollen und Erhebungen (Wirkung)
- Berichterstattung (Reporting)
- Massnahmen (Steuern und Lenken)
- Fazit in neue Zieldefinition



18.03.20105

Der Gemeinderat definiert den Begriff „Controlling“ anhand der fünf vorstehenden, wesentlichen Punkte. Das Controlling soll nicht eine Kontrollfunktion darstellen. Wichtig ist die Berichterstattung (Reporting), welche Auskunft über den Stand des jeweiligen Projekts gibt. Diese Informationen werden gebraucht, damit auf dem Weg zum Ziel Massnahmen ergriffen werden können, um bei Abweichungen entsprechend steuernd und lenkend einzugreifen. Diese zwei wesentlichen Elemente machen es aus, dass es sich um ein Controlling handelt und nicht eine eigentliche Kontrollfunktion darstellt. Es kann vorkommen, dass ein Ziel nicht erreicht wird, es kann aber auch vorkommen, dass ein Ziel bewusst nicht erreicht wird. Dabei ist es wichtig, im Hinblick auf eine neue Strategie oder eine neue Zieldefinition, ein Fazit daraus zu ziehen und entsprechende Erkenntnisse einfließen zu lassen.



## Studie BDO Visura

### Auszüge aus dem Schweiz. Treuhänder

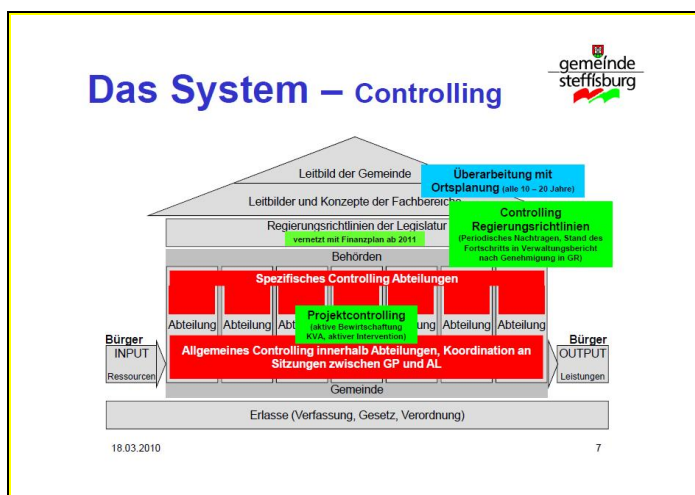
„Verwaltungen beschäftigen sich mehrheitlich mit Vollzugsarbeiten, ein grosser Teil ihrer Ausgaben sind gebunden.“

Ziel muss sein, dass ein Controlling eingesetzt wird, wo tatsächlich etwas gesteuert und gelenkt werden kann.

18.03.20106

Die BDO Visura ist eines der grössten Beratungsunternehmen in der Schweiz, welches sich auch auf das Gemeinwesen konzentriert. Vielen Aufgaben, welche eine Gemeinde wahrnimmt, sind gesetzlich vorgeschrieben, ebenso in welcher Art und Qualität die Ziele erreicht werden müssen. Diese Bereiche können kaum beeinflusst werden. Diesbezüglich muss eine Kontrolle erfolgen, um die geforderten Leistungen erfüllen zu können.

Ein „Controlling“ in der Privatwirtschaft und im Gemeinwesen kann grundsätzlich nicht verglichen werden – die Funktionsweise schon, jedoch sind die Anwendungsbereiche nicht immer einfach vergleichbar.



Gemeindepräsident Jürg Marti erklärt anhand vorstehender Folie wie das heutige Controllingsystem bei der Gemeindeverwaltung Steffisburg funktioniert. Der Gemeinderat hat definiert, das Controlling als solches neu einzuführen bzw. zu ergänzen und zwar primär bei den Regierungsrichtlinien, d.h. bei den Legislatorschwerpunkten, welche auf die neue Legislatur hin neu definiert werden.

Vorgesehen ist, künftig periodisch über die einzelnen Ziele und Richtlinien Bericht zu erstatten, unter anderem zu Händen des Grossen Gemeinderates. Dieses Vorhaben wird jedoch noch im Gemeinderat abschliessend behandelt. Andererseits sollen neu die Legislatorschwerpunkte mit dem Finanzplan vernetzt werden. Neu wurde der Prozess „Projektcontrolling“ definiert (gemäss Beilage zum GGR-Versand).



Gemeindepräsident Jürg Marti hebt hervor, dass im Bereich des Controllings bei der Gemeindeverwaltung bereits sehr viel gemacht, jedoch meistens nicht darüber gesprochen wird. Das Controlling soll auch nicht die Haupttätigkeit der Gemeindeverwaltung sein. Anhand von Folien zeigt Jürg Marti den groben Überblick der Anwendungspraxis des heutigen Controllings auf.

# Controlling der RR



### Ampelbericht

- Grün** Ziele und Termine können mit den gegebenen Ressourcen erreicht werden.
- Orange** Ziele können erreicht werden, leichte Verspätung und/oder leichte Abweichung bei den Ressourcen.
- Rot** Ziele können nur erreicht werden, wenn bedeutende Korrekturen vorgenommen werden.

### Muster für Verwaltungsbericht

| Ziel   | Massnahme  | Aktueller Stand   |
|--|--|---|
| Nr. 1 Steffisburg optimiert seine Führungsstruktur und die Leistungserbringung der Verwaltung. | Einführung Management-Informationssystem (abteilungsübergreifend). | Mit einem Jahr Verspätung Doppelt so teuer (+150'000 CHF) GR setzt Massnahme trotz dem um, kompensiert die Kosten beim Projekt X (drüben Situation) |

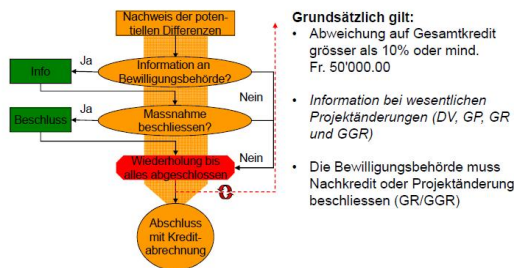
18.03.2010

9

RR = Regierungsrichtlinien

Der Gemeinderat hat entschieden, neu die Regierungsrichtlinien mittels Controlling, anhand eines Ampelberichts, zu überwachen.

# Das Projektcontrolling



- Grundsätzlich gilt:**
- Abweichung auf Gesamtkredit grösser als 10% oder mind. Fr. 50'000.00
  - Information bei wesentlichen Projektänderungen (DV, GP, GR und GGR)
  - Die Bewilligungsbehörde muss Nachkredit oder Projektänderung beschliessen (GR/GGR)

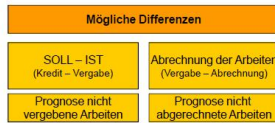
18.03.2010

10

Von grosser Bedeutung ist das Projektcontrolling, welches ebenfalls neu eingeführt wird. Die vorstehende Folie zeigt die wesentlichen Punkte aus dem Prozess „Projektcontrolling“. Die Grundlage für ein Projekt stellt der entsprechende Projektbeschrieb dar, welcher 2009 eingeführt wurde. Dieser gibt Auskunft über die Zielerreichung, Abgrenzungen, grobe Terminplanung, Finanzplanung, Abhängigkeiten etc. Dieser Projektbeschrieb wird im Gemeinderat geprüft und genehmigt. Mit diesem Projektbeschrieb wird das Projekt zu Beginn klar und transparent umschrieben.



# Das Projektcontrolling



| Kredit  | Vergabe | Differenz I | Abrechnung | Prognose | Differenz II |
|---------|---------|-------------|------------|----------|--------------|
| 150'000 | 0       |             | 0          | 120'000  | -30'000      |
| 150'000 | 130'000 | -20'000     | 0          | 120'000  | -30'000      |
| 150'000 | 120'000 | -30'000     | 140'000    |          | -10'000      |

18.03.2010

11

Kernelement beim Prozess „Projektcontrolling“/aktive Kostenvoranschlagbewirtschaftung ist: Wie wird bei Differenzen/Abweichungen vorgegangen?

Wesentlich dabei ist, dass die Informationen schnell fliessen werden und eine Berichterstattung zu Händen der Departementsvorstehenden, des Gemeindepräsidiums, des Gemeinderats oder allenfalls zu Händen des Grossen Gemeinderates erfolgen. Entsprechende Massnahmen sind anschliessend einzuleiten. Das Ziel ist, jeweils die Endabrechnung im Auge zu behalten.

Gemeindepräsident Jürg Marti empfiehlt aufgrund der Aktivitäten in Sachen Controlling das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

## Diskussion

Erstunterzeichner, Sandro Stauffer (FDP), dankt dem Gemeindepräsidenten und dem Gesamtgemeinderat für die Erarbeitung der Unterlagen zum Controlling und für die informativen Ausführungen.

Es geht darum, grosse Überraschungen zu vermeiden und schlussendlich die Kosten im Griff zu haben. Es ihm bewusst, dass immer wieder Fehler passieren können und inhaltlich etwas schief gehen kann. Er ist überzeugt, dass mit dem neuen Arbeitsmittel die Projekte übersichtlicher und besser überwacht und rechtzeitig die nötigen Massnahmen eingeleitet werden können. Der Informationsfluss stellt im Prozess ein wichtiges Element dar. Die FDP-Fraktion wird das Postulat als erfüllt abschreiben.

Peter Maurer (SP) gibt zu bedenken, dass oftmals die Gratwanderung zwischen Controlling und Misstrauen relativ schmal ist. Dies müsste verhindert werden. Trotz des Projektcontrollings kann es in gewissen Fällen zu Projektverzögerungen kommen. Das Projektcontrolling ist vor allem personenabhängig. Grundsätzlich sollte in einem Arbeitsauftrag automatisch eine entsprechende Kontrolle beinhaltet sein, obwohl diese Kontrolle nicht immer nötig wäre. Wem aber die Verantwortung für die Kontrolle gegeben wird, demjenigen müssen auch die entsprechende Kompetenzen übertragen werden. Peter Maurer mahnt, dass man sich vom neuem Controllingsystem nicht zu viel versprechen sollte. Wie Gemeindepräsident Jürg Marti erwähnte, soll dieses Controlling nicht zur Haupttätigkeit der Gemeindeverwaltung werden. Die SP-Fraktion wird das Postulat gemäss Antrag des Gemeinderates als erfüllt abschreiben.

Samuel Wäfler teilt namens der EVP/EDU-Fraktion mit, dass sie das Projektcontrolling wohlwollend zur Kenntnis genommen hat. Samuel Wäfler erachtet vor allem das erwähnte Ampelsystem als nützlich. Die EVP/EDU-Fraktion wird der Abschreibung des Postulates als erfüllt zustimmen.

## Schlussabstimmung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

## Beschluss

1. Das Postulat der FDP-Fraktion betr. "Optimierung der Aufsicht und Steuerung im Gemeinderat" (2009/06) wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Mit der Abschreibung des Postulates gilt auch der Auftrag der Aufsichts- und Geschäftsprüfungskommission, worin der Gemeinderat am 6. März 2009 beauftragt wurde, Prozesse auszuarbeiten und umzusetzen, die ein funktionierendes Controlling garantieren, als erledigt.
3. Von der Präsentation zum Thema „Controlling“ wird Kenntnis genommen.
4. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
5. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 20. April 2010, in Kraft.

### 19 43.220.030 Höchhusweg 9 (Magazin Dorf)

#### Hochbau/Planung; Projekt „FeuerWerk“; Kenntnisnahme Abrechnung Verpflichtungskredit vom 28.11.2004

#### Abrechnung Verpflichtungskredit Projekt „FeuerWerk“

Die **Gesamtabrechnung** schliesst wie folgt ab:

| <b>Abteilung</b>         | <b>Hochbau/Planung</b>       |                    |                   |
|--------------------------|------------------------------|--------------------|-------------------|
| <b>Kreditanteil</b>      | <b>Gesamtabrechnung</b>      |                    |                   |
| <b>Kreditbezeichnung</b> | <b>Projekt "FeuerWerk"</b>   |                    |                   |
|                          | Neubau Werkhof               |                    |                   |
|                          | Erweiterung Feuerwehrmagazin |                    |                   |
|                          | Neubau Abfallsammelstelle    |                    |                   |
| <b>Bewilligt am</b>      | <b>24.11.2004</b>            | <b>durch</b>       | <b>Volk</b>       |
| <b>Betrag</b>            | <b>6'560'000.00</b>          | <b>Kontonummer</b> | <b>090.503.06</b> |
| Nachkredit GR 12.06.2006 | 36'000.00                    |                    | 140.503.01        |
| Nachkredit GR 07.05.2007 | 5'000.00                     |                    | 720.503.01        |
| Nachkredit GR 07.05.2007 | 7'000.00                     |                    |                   |
| Nachkredit GR 09.07.2007 | 145'000.00                   |                    |                   |
| Nachkredit GR 09.07.2007 | 218'000.00                   |                    |                   |

| <b>Vergleich Kostenvoranschlag / Abrechnung</b> |                     |                     |
|---|---------------------|---------------------|
| <b>Hauptpositionen</b>                          | <b>Abrechnung</b>   | <b>KVA</b>          |
| Kreditanteil Neubau Werkhof                     | 3'767'035.85        | 3'720'000.00        |
| Kreditanteil Erweiterung Feuerwehrmagazin       | 3'041'126.95        | 2'946'000.00        |
| Kreditanteil Neubau Abfallsammelstelle *        | 324'883.80          | 305'000.00          |
| * (Abrechnung exkl. MWST)                       |                     |                     |
| <b>Bruttoaufwand</b>                            | <b>7'133'046.60</b> | <b>6'971'000.00</b> |
| <b>Kreditüberschreitung / Nachkredit</b>        | <b>162'046.60</b>   | <b>2.3%</b>         |
| <b>Abweichung zum ursprünglichen Kredit</b>     | <b>573'046.60</b>   | <b>8.7%</b>         |
| Subventionen und Grundeigentümerbeiträge        | 76'572.00           |                     |
| <b>Nettoaufwand</b>                             | <b>7'056'474.60</b> |                     |

Der Gemeinderat hat den Nachkredit von Fr. 162'046.60 am 21.09.2009 bewilligt. Kreditbeschlüsse müssen immer inkl. MWST beschlossen, aber wegen der Vorsteuer exkl. MWST verbucht werden. Dies führt zu „Reserven“ von 7,6 %. Die Gesamtüberschreitung berechnet auf der Basis inkl. MWST beträgt auf dem ursprünglichen Kredit Fr. 597'649.30.

### **Generelle Bemerkungen zur Umsetzung von Projekten der Abteilung Hochbau/Planung und im speziellen zum Projekt FeuerWerk:**

Das Projekt FeuerWerk ist eines der 22, von gesamthaft 71 Verpflichtungskreditprojekten, welche durch die Abteilung Hochbau/Planung seit 1995 realisiert wurden, welches eine Kreditüberschreitung (brutto) ausweist (netto 17 Projekte). In der Gesamtbilanz betrachtet wurden für die umgesetzten 71 Projekte Fr. 39'754'150.00 voranschlagt. Die Abrechnung ergab einen Gesamtbetrag von brutto Fr. 38'082'222.35, also Fr. 1'671'927.65 unter den voranschlagten Kosten. Es wird festgestellt, dass über den Erhebungszeitraum das durch die Verantwortlichen wahrgenommene Projektcontrolling zu einem guten Gesamtergebnis führte. Es ist nicht zu vermeiden, dass Projekte nicht genau mit den voranschlagten Kosten abgerechnet werden können. Einerseits ist dies von Preisschwankungen der Bauleistungen und andererseits von Problemlösungen, welche erst in der Detailprojektierung erkannt werden können, abhängig.

### **Geschichte/Historie zum Projekt FeuerWerk**

Hierzu kann auf das beigelegte Terminprogramm „Historie Projekt „FeuerWerk“ verwiesen werden.

### **Schlussbetrachtung zur Umsetzung des Projektes**

Jedes Projekt weist nach der Fertigstellung Stärken und Schwächen auf, sei es in der Realisierungs- oder in der anschliessenden Gebrauchsphase. Beim hier zur Abrechnung vorliegenden Projekt FeuerWerk sind es im Wesentlichen:

#### Personell

Die Planungsphase bis und mit Baueingabe (2002 bis 2005) verlief zufriedenstellend. Ab Baubeginn verlief die Zusammenarbeit mit der externen Bauleitung (Auftrag an spezialisierte ortansässige Drittfirma) ebenfalls zufriedenstellend. Ein personeller Wechsel in der Bauleitung führte dazu, dass vorübergehend Leistungseinbussen auf Grund fehlender Information in Kauf genommen werden mussten. Erschwerend kam dazu, dass der Projektleiter des beauftragten Architekturbüros ab ca. Mitte der Ausführungsphase krankheitsbedingt nicht oder nur teilweise verfügbar war und kein gleichwertiger Ersatz zur Verfügung stand. Die dadurch entstehenden Engpässe und Probleme konnten nur durch überdurchschnittlichen Einsatz unseres gemeindeinternen Projektleiters überwunden und gelöst werden. Der Einsatz unseres Projektleiters erfolgte immer im Bestreben, das Projekt termin- und kostengerecht und qualitativ einwandfrei zu vollenden.

#### Spardruck

Das Projekt wurde vom Gemeinderat am 27. Januar 2003 in der ursprünglich geplanten Form mit Kosten von insgesamt 7.2 Mio. Franken in der Spezialkommission „FeuerWerk“ gestoppt. Der Auftrag lautete: Redimensionierung und Kostensenkung. Diesem Auftrag kamen die Kommission und der Architekt nach und arbeiteten gemeinsam eine entsprechende Variante mit Kosten von insgesamt 6.56 Mio. Franken aus. Der Verzichtsplanning fielen nebst der Verkleinerung des Gebäudes auch zahlreiche bauliche Elemente und Anschaffungen (z.B. Schiebetrennwände, Mobiliar, Technische Geräte und Ausstattung etc.) zum Opfer. Mit fortschreitender Realisierung des Projektes zeigte sich, dass einige „Einsparungen“ aus organisatorischen und/oder betriebstechnischen Gründen wieder ins Projekt aufgenommen und mit entsprechenden Nachkrediten umgesetzt werden mussten. Solche Sachverhaltsänderungen sind bei einem Projekt dieser Grössenordnung, welches sich nach der Kreditbeschaffung im längeren Prozess der detaillierten Ausführungsplanung noch entwickelt, nicht aussergewöhnlich.

#### Kostenvoranschlag (KVA)

Ein Hauptproblem des KVA war, dass kurze Zeit nach Baubeginn (August 2005) wegen zum Zeitpunkt der Erarbeitung des KVA (April 2003) nicht bekannter Baubewilligungsaufgaben des Gewässerschutzamtes GSA im Zusammenhang mit dem Neutralisationsbeckens der Gerberei Zeller, welche sich auf dem Land der Gemeinde befand, bereits ein grosser Teil der knapp kalkulierten Bearbeitungsreserve (ca. 5% der Kreditsumme – siehe Botschaft) verbraucht waren. Der finanzielle Spielraum für Unvorhergesehenes, wie es bei einem Projekt dieser Komplexität und Grössenordnung normal ist, war in der Folge minimal. Dies führte dazu, dass während der Realisierungsphase des Projektes verschiedenen Nachkredite beantragt werden mussten.

Ebenfalls musste die Teuerung ab KV-Datum (April 2003) bis Abschluss der Werkverträge (in diesen wurden mit allen Unternehmern Festpreise bis Ende 2006 vereinbart) aufgerechnet werden. Zusätzlich fiel ein Grossteil der Belagsarbeiten in das Jahr 2007. Damit war einerseits die Festpreisvereinbarung nicht mehr gültig und andererseits lagen die Kosten für Belagsarbeiten auf Grund der Ölpreise zum damaligen Zeitpunkt auf hohem Niveau. Auf Grund des geschilderten Sachverhalts darf von einem KVA in üblichem Standard gesprochen werden.

#### Arealtor Werkhof

Grundsätzlich wurden nur Anschaffungen getätigt, welche betriebsnotwendig sind und daher auch benützt werden. Überlegungen zum Standard einzelner Anschaffungen, wie z.B. das elektrische Arealtor, sind jedoch zulässig. Im KVA war der Betrag für ein abschliessbares und manuell zu bedienendes Drehtor enthalten. Die Kommission „FeuerWerk“ hat darüber abgestimmt, ob die teurere Version mit einem elektrisch betriebenen Teleskopschiebetor ausgeführt werden soll. In Kenntnis der Mehrkosten hat sich die Kommission trotzdem klar für die elektrische Ausführung entschieden. Gegenüber dem ursprünglich im KVA vorgesehenen Tor bringt die realisierte Variante erhebliche Vorteile bei der Bedienung sowie bei der Sicherheit und Ordnung.

Das Tor dient der Absperrung des Werkhofareals über Nacht und an den Wochenenden und kann mit Schlüssel oder Funk bedient werden. Damit wird das widerrechtliche Deponieren von Unrat und Altlasten durch Dritte auf dem Werkhofareal verhindert. Derselbe Effekt wird während der Betriebszeiten des Werkhofs erzielt, wenn sich kein Mitarbeiter auf dem Areal befindet, um Sammelgut entgegen zu nehmen. Das Areal bleibt abgesperrt. Selbstverständlich wäre derselbe Effekt auch mit einem manuell zu bedienenden Arealtor möglich, was übrigens auch bei der privaten Autoeinstellhalle im Gemeindehaus möglich gewesen wäre, aber eben weniger bequem für die Benutzer.

#### Schliessanlage

Eine zum Gemeindehaus kompatible Schliessanlage wurde geprüft, aber aus folgenden Gründen verworfen: Die Feuerwehr war zum Zeitpunkt der Erarbeitung des KVA schon im Besitz einer umfangreichen gesicherten Schliessanlage. Diese umfasst viele externe Zylinder in Gebäuden, zu denen sich die Feuerwehr im Ernstfall gewaltfrei Zugang verschaffen kann. Eine zum Gemeindehaus kompatible Schliessanlage wäre technisch machbar gewesen, hätte aber den Austausch der externen Zylinder (ca. 60 Stk.) erfordert. Aus Kostengründen wurde daher der Ausbau der bestehenden Feuerwehr-Schliessanlage bevorzugt.

Die Abrechnung für den Kreditanteil **Neubau Werkhof** schliesst wie folgt ab:

|                                 |                                    |                    |                   |
|---------------------------------|------------------------------------|--------------------|-------------------|
| <b>Abteilung</b>                | <b>Hochbau/Planung</b>             |                    |                   |
| <b>Kreditbezeichnung</b>        | <b>Projekt "FeuerWerk"</b>         |                    |                   |
|                                 | <b>Kreditanteil Neubau Werkhof</b> |                    |                   |
| <b>Bewilligt am</b>             | <b>28.11.2004</b>                  | <b>durch</b>       | <b>Volk</b>       |
| <b>Betrag inkl. MWST</b>        | <b>3'495'000.00</b>                | <b>Kontonummer</b> | <b>090.503.06</b> |
| <b>Nachkredit GR 07.05.2007</b> | <b>7'000.00</b>                    |                    |                   |
| <b>Nachkredit GR 09.07.2007</b> | <b>218'000.00</b>                  |                    |                   |

| <b>Vergleich Kostenvoranschlag / Abrechnung</b> |                   |              |
|---|-------------------|--------------|
| <b>Hauptpositionen inkl. MWST</b>               | <b>Abrechnung</b> | <b>KVA</b>   |
| Grundstück                                      | 1'372.45          | 0.00         |
| Vorbereitung                                    | 66'404.10         | 107'900.00   |
| Gebäude   | 3'036'052.55      | 2'654'200.00 |
| Betriebseinrichtungen                           | 117'394.90        | 39'120.00    |
| Umgebung  | 320'398.15        | 371'200.00   |
| Baunebenkosten                                  | 160'919.45        | 134'400.00   |
| Reserve (5%)                                    |                   | 159'050.00   |
| Ausstattung                                     | 64'494.25         | 29'130.00    |
| Nachkreditsumme (Mehrinvestitionen)             |                   | 124'000.00   |

|                             |                     |                     |
|-----------------------------|---------------------|---------------------|
| Nachkreditsumme (Teuerung)  |                     | 101'000.00          |
|                             | <b>3'767'035.85</b> | <b>3'720'000.00</b> |
| <b>Kreditüberschreitung</b> | <b>47'035.85</b>    | <b>1.3%</b>         |
| Subventionen                | 42'800.00           |                     |
| Nettoaufwand                | 3'724'235.85        |                     |

### Begründung zur Kreditabweichung

Die Hauptposition "Grundstück" war im KVA nicht enthalten. Hier wurden anteilmässig die Notariatskosten für die Handänderung der Parzelle "Ledergerberei Zeller" verbucht.

In der Hauptposition "Vorbereitung" mussten verschiedene im KVA enthaltene Aufträge wie Bestandesaufnahmen, Demontagen, Sicherung, Provisorien, provisorische Installationen sowie Anpassungen an bestehenden Erschliessungsleitungen nicht ausgeführt werden. Insgesamt kann hier eine Kostenunterschreitung von 38.5% oder Fr. 41'495.90 ausgewiesen werden.

Die Hauptposition "Gebäude" verteuerte sich, ohne dass Mehrleistungen erbracht wurden, im Vergleich zum KVA stark. Bei den folgenden Arbeitsgattungen musste über dem Budget abgerechnet werden: Baumeisterarbeiten, Montagebau in Holz, Montagebau als Leichtkonstruktion. Fenster Aussentüren Tore, Spezielle Dichtungen und Dämmungen, Heizungsanlagen, Sanitäranlagen, Gipserarbeiten, Metallbauarbeiten, Schreinerarbeiten, Schliessanlage, Deckenbekleidungen aus Holz und Holzwerkstoffen, Bauaustrocknung, Baureinigung. Kostenunterschreitungen konnten nur bei den folgenden Arbeitsgattungen realisiert werden: Baugrubenaushub, Montagebau in Stahl, Spenglerarbeiten, Blitzschutz, Fassadenverputz, Lamellenstoren, Elektroanlagen, Heizungsanlagen, Lüftungsanlagen, Wandbeläge Plattenarbeiten, Innere Malerarbeiten. Insgesamt muss hier ein Kostenüberschreitung von 14.4% oder Fr. 381'852.55 ausgewiesen werden.

Unter der Hauptposition "Betriebseinrichtung" sind auch Kosten für Einrichtungen verbucht, welche sowohl durch den Werkhof wie auch durch die Feuerwehr genutzt werden (Begründungen beziehen sich hier auf den Anteil Werkhof). Die Kostenüberschreitung beträgt 300% oder Fr. 78'274.90. Im KVA waren die erforderlichen Beträge für die Beschaffung der Kranbahn und der Rauchgasabsauganlage (Auflage Arbeitnehmerschutz für mobile Schweissanlage) nicht in ausreichender Höhe enthalten. Zudem wurden hier die Kosten für die im KVA nicht enthaltene Abgasabsauganlage (Werkstatt) sowie die gemäss KVA unter der Hauptposition "Gebäude" eingestellte Splittsilanlage verbucht.

Die Hauptposition "Umgebung" weist im Vergleich zum KVA eine Kostenunterschreitung von 13.7% oder Fr. 50'801.85 aus. Verteuert haben sich die Investitionen für die Belagsarbeiten, da dem beauftragten Unternehmer aufgrund der Vereinbarungen im Werkvertrag (Festpreise bis Ende 2006) die Teuerung auf der Ausführung der Deckbeläge (Realisation im Frühjahr 2007) vergütet werden mussten. Auch das Arealtor kam wesentlich teurer zu stehen als budgetiert. Die Begründung, dass insgesamt trotzdem eine Kostenunterschreitung ausgewiesen wird begründet sich darin, dass im KVA unter dieser Position für die Baumeisterarbeiten der Fahrzeugunterstände Fr. 75'000.00 enthalten waren. Diese wurden jedoch bei den Baumeisterarbeiten in der Hauptkategorie "Gebäude" abgerechnet.

Bei den "Baunebenkosten" beträgt die Kostenüberschreitung 19.7% oder Fr. 26'519.45. Die Kosten für Vervielfältigungen und Plankopien waren im KVA zu gering eingestellt - sie haben sich insgesamt fast verdreifacht. Zudem waren die Auflagen des Gewässerschutzamtes und die daraus resultierenden Massnahmen für den Rückbau der Neutralisationsanlage bei der Ledergerberei Zeller derart umfangreich, dass es hier zu einer massiven Kostenüberschreitung kam. Das auch hier verbuchte Werkhofprovisorium "Kopfbau Astra" löste ebenfalls im KVA nicht budgetierte Mehrkosten von Fr. 17'939.25 aus. Weiter fielen Mehrkosten für die Grundsteinlegung, Aufrichte und Einweihung an.

Die Hauptposition "Reserve" wurde im Laufe der Bauausführung durch zahlreiche Investitionen mit mehr oder weniger grossen Kostenüberschreitungen (siehe obenstehende Begründungen) vollständig aufgebraucht.

Unter der Hauptposition "Ausstattung" waren trotz vorgängiger Bedarfserhebung zusätzliche Anschaffungen notwendig, dementsprechend war der KVA hier viel zu knapp kalkuliert. Es muss festgehalten werden, dass in Aussicht der sich abzeichnenden Kostenüberschreitung konsequent darauf geachtet wurde, dass nur die für den Betrieb zwingend erforderlichen Investitionen getätigt wurden. Die Kostenüberschreitung beträgt 221.4% oder Fr. 35'364.25.

**Schlussbilanz:** Der Verpflichtungskredit inkl. bewilligter Nachkredite ist mit Fr. 47'035.85 um 1.3% überschritten. Die Überschreitung zum ursprünglichen Kredit beträgt 272'035.85 oder 7.8%. Zuständig für die Bewilligung des hier erforderlichen Nachkredites ist der Gemeinderat, da die gesamte Kostenüberschreitung des Projektes "FeuerWerk" 8.7% beträgt.

Die Abrechnung zum Kreditanteil **Erweiterung Feuerwehrmagazin** schliesst wie folgt ab:

|                                 |  |                    |                   |
|---------------------------------|--|--------------------|-------------------|
| <b>Abteilung</b>                | <b>Hochbau/Planung</b>                           |                    |                   |
| <b>Kreditbezeichnung</b>        | <b>Projekt "FeuerWerk"</b>                       |                    |                   |
|                                 | <b>Kreditanteil Erweiterung Feuerwehrmagazin</b> |                    |                   |
| <b>Bewilligt am</b>             | <b>28.11.2004</b>                                | <b>durch</b>       | <b>Volk</b>       |
| <b>Betrag inkl. MWST</b>        | <b>2'760'000.00</b>                              | <b>Kontonummer</b> | <b>140.503.01</b> |
| <b>Nachkredit GR 12.06.2006</b> | <b>36'000.00</b>                                 |                    |                   |
| <b>Nachkredit GR 07.05.2007</b> | <b>5'000.00</b>                                  |                    |                   |
| <b>Nachkredit GR 09.07.2007</b> | <b>145'000.00</b>                                |                    |                   |

| <b>Vergleich Kostenvoranschlag / Abrechnung</b> |                     |                     |
|---|---------------------|---------------------|
| <b>Hauptpositionen inkl. MWST</b>               | <b>Abrechnung</b>   | <b>KVA</b>          |
| Grundstück                                      | 1'082.70            | 0.00                |
| Vorbereitung                                    | 53'623.00           | 76'420.00           |
| Gebäude   | 2'511'982.70        | 2'142'000.00        |
| Betriebseinrichtungen                           | 44'644.30           | 33'320.00           |
| Umgebung  | 241'965.20          | 223'120.00          |
| Baunebenkosten                                  | 132'576.65          | 108'550.00          |
| Reserve (5%)                                    |                     | 134'350.00          |
| Ausstattung                                     | 55'252.40           | 42'240.00           |
| Nachkreditsumme (Mehrinvestitionen)             |                     | 111'000.00          |
| Nachkreditsumme (Teuerung)                      |                     | 75'000.00           |
| <b>Bruttoaufwand</b>                            | <b>3'041'126.95</b> | <b>2'946'000.00</b> |
| <b>Kreditüberschreitung</b>                     | <b>95'126.95</b>    | <b>3.2%</b>         |
| Subventionen (MINERGIE)                         | 33'772.00           |                     |
| <b>Nettoaufwand</b>                             | <b>3'007'354.95</b> |                     |

#### **Begründung zur Kreditabweichung**

Die Hauptposition "Grundstück" war im KVA nicht enthalten. Hier wurden anteilmässig die Notariatskosten für die Handänderung der Parzelle "Ledergerberei Zeller" verbucht.

In der Hauptposition "Vorbereitung" mussten verschiedene im KVA enthaltene Aufträge wie Bestandesaufnahmen, Demontagen, Sicherung, Provisorien, provisorische Installationen sowie Anpassungen an bestehenden Erschliessungsleitungen nicht ausgeführt werden. Insgesamt kann hier eine Kostenunterschreitung von 29.8% oder Fr. 22'797.00 ausgewiesen werden.

Die Hauptposition "Gebäude" verteuerte sich, ohne dass Mehrleistungen erbracht wurden, im Vergleich zum KVA stark. Bei den folgenden Arbeitsgattungen musste über dem Budget abgerechnet werden: Baugrubenaushub, Montagebau in Holz, Montagebau als Leichtkonstruktion, Fenster Aussentüren Tore, Spezielle Dichtungen und Dämmungen, Fassadenverputz, Lüftungsanlagen, Gipserarbeiten, Metallbauarbeiten, Schreinerarbeiten, Schliessanlage, Elementwände, Bodenbeläge, Deckenbekleidungen aus Holz und Holzwerkstoffen, Innere Malerarbeiten, Baureinigung.

Kostenunterschreitungen konnten nur bei den folgenden Arbeitsgattungen realisiert werden: Spenglerarbeiten, Lamellenstoren, Elektroanlagen, Heizungsanlagen, Wandbeläge Plattenarbeiten. Insgesamt muss hier ein Kostenüberschreitung von 17.3% oder Fr. 369'982.70 ausgewiesen werden.

Unter der Hauptposition "Betriebseinrichtung" sind auch Kosten für Einrichtungen verbucht, welche sowohl durch den Werkhof wie auch durch die Feuerwehr genutzt werden (Begründungen beziehen sich hier auf den Anteil Feuerwehr). Die Kostenüberschreitung beträgt 34% oder Fr. 11'324.30.

Im KVA waren die erforderlichen Beträge für die Beschaffung der Kranbahn und der Rauchgasabsauganlage (Auflage Arbeitnehmerschutz für mobile Schweissanlage) nicht in ausreichender Höhe enthalten. Zudem wurden hier die Kosten für die im KVA nicht enthaltene Abgasabsauganlage (Werkstatt) verbucht.

Die Hauptposition "Umgebung" verteuerte sich im Vergleich zum KVA um 8.4% oder Fr. 18'845.20. Verteuert haben sich die Investitionen für die Belagsarbeiten, da dem beauftragten Unternehmer aufgrund der Vereinbarungen im Werkvertrag (Festpreise bis Ende 2006) die Teuerung auf der Ausführung der Deckbeläge (Realisation im Frühjahr 2007) vergütet werden mussten.

Bei den "Baunebenkosten" beträgt die Kostenüberschreitung 22.1% oder Fr. 24'026.65. Die Kosten für Vervielfältigungen und Plankopien waren im KVA zu gering eingestellt - sie haben sich insgesamt mehr als verdoppelt. Zudem waren die Auflagen des Gewässerschutzamtes und die daraus resultierenden Massnahmen für den Rückbau der Neutralisationsanlage bei der Ledergerberei Zeller derart umfangreich, dass es hier zu einer massiven Kostenüberschreitung kam. Das auch hier verbuchte Werkhofprovisorium "Kopfbau Astra", an dem die Feuerwehr aus Projektgründen ihren Anteil mitzutragen hat, löste ebenfalls im KVA nicht budgetierte Mehrkosten von Fr. 14'152.50 aus. Weiter fielen Mehrkosten für die Grundsteinlegung, Aufrichte und Einweihung an.

Die Hauptposition "Reserve" wurde im Laufe der Bauausführung durch zahlreiche Investitionen mit mehr oder weniger grossen Kostenüberschreitungen (siehe obenstehende Begründungen) vollständig aufgebraucht.

Bei der Hauptposition "Ausstattung" waren trotz vorgängiger Bedarfserhebung zusätzliche Anschaffungen notwendig, damit die Benutzer ihren Auftrag im geforderten Standard wahrnehmen können. Daher resultiert trotz rigoroser Sparmassnahmen eine Kostenüberschreitung von 30.8% oder Fr. 13'012.40.

**Schlussbilanz:** Der Verpflichtungskredit inkl. bewilligter Nachkredite ist mit Fr. 95'126.95 um 3.2% überschritten. Die Überschreitung zum ursprünglichen Kredit beträgt 281'126.95 oder 10.2%. Zuständig für die Bewilligung des hier erforderlichen Nachkredites ist der Gemeinderat, da die gesamte Kostenüberschreitung des Projektes "FeuerWerk" 8.7% beträgt.

Die Abrechnung zum Kreditanteil **Neubau Abfallsammelstelle** schliesst wie folgt ab:

|                          |   |                    |                   |
|--------------------------|---|--------------------|-------------------|
| <b>Abteilung</b>         | <b>Hochbau/Planung</b>                        |                    |                   |
| <b>Kreditbezeichnung</b> | <b>Projekt "FeuerWerk"</b>                    |                    |                   |
|                          | <b>Kreditanteil Neubau Abfallsammelstelle</b> |                    |                   |
| <b>Bewilligt am</b>      | <b>24.11.2004</b>                             | <b>durch</b>       | <b>Volk</b>       |
| <b>Betrag inkl. MWST</b> | <b>305'000.00</b>                             | <b>Kontonummer</b> | <b>720.503.01</b> |

| <b>Vergleich Kostenvoranschlag / Abrechnung</b> |                              |                       |                              |                       |
|---|------------------------------|-----------------------|------------------------------|-----------------------|
| <b>Hauptpositionen</b>                          | <b>Abrechnung exkl. MWST</b> | <b>KVA exkl. MWST</b> | <b>Abrechnung inkl. MWST</b> | <b>KVA inkl. MWST</b> |
| Vorbereitung                                    | 1'092.00                     | 11'100.00             | 1'175.00                     | 11'100.00             |
| Gebäude   | 286'761.90                   | 97'200.00             | 308'556.55                   | 97'200.00             |

|                                      |                   |                   |                   |                   |
|--------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Umgebung                             | 29'016.15         | 148'800.00        | 31'221.35         | 148'800.00        |
| Baunebenkosten                       | 8'013.75          | 12'200.00         | 8'534.30          | 12'200.00         |
| Reserve (5%)                         |                   | 14'500.00         |                   | 14'500.00         |
| Mehrwertsteuer                       |                   |                   |                   | 21'200.00         |
| <b>Bruttoaufwand</b>                 | <b>324'883.80</b> | <b>283'800.00</b> | <b>349'486.50</b> | <b>305'000.00</b> |
| <b>Kreditüber / -unterschreitung</b> | <b>41'083.80</b>  | <b>14.48%</b>     | <b>44'486.50</b>  | <b>14.59%</b>     |
| Subventionen                         |                   |                   |                   |                   |
| Nettoaufwand                         | 324'883.80        |                   | 349'486.50        |                   |

### **Begründung zur Kreditabweichung**

In der Hauptposition "Vorbereitung" mussten verschiedene im KVA enthaltene Aufträge wie Bestandesaufnahmen, Abbrüche, Demontagen, Sicherung, Provisorien, provisorische Installationen sowie Anpassungen an bestehenden Erschliessungsleitungen nicht ausgeführt werden. Insgesamt kann hier ein Kostenunterschreitung von 90.2% oder Fr. 10'008.00 ausgewiesen werden.

Die Hauptposition "Gebäude" verteuerte sich im Vergleich zum KVA sehr stark, weil die Kosten für die Baumeisterarbeiten (Nebengebäude) im KVA vollumfänglich der "Umgebung" zugeordnet hat. Die Verbuchung dieser Arbeiten erfolgte dann korrekt unter der Hauptposition "Gebäude". Teurer zu stehen kam der nach dem Kreditbeschluss gefällte Entscheid der Spezialkommission, die Gebäudehöhe um 20cm zu erhöhen, damit die Durchfahrt für LKW's unter dem Splittsilo möglich wurde. Demnach mussten die folgenden Arbeitsgattungen teurer als budgetiert abgerechnet werden: Baugrubenaushub, Montagebau in Holz, Spenglerarbeiten, Bedachungsarbeiten, Spezielle Dichtungen und Dämmungen, Äussere Malerarbeiten, Bauaustrocknung. Kostenunterschreitungen konnten nur bei den folgenden Arbeitsgattungen realisiert werden: Montagebau als Leichtkonstruktion, Elektroanlagen, Sanitäranlagen, Baureinigung. Insgesamt muss hier ein Kostenüberschreitung von 295% oder Fr. 189'561.90 ausgewiesen werden.

Die Hauptposition "Umgebung" weist im Vergleich zum KVA eine Kostenunterschreitung von 80.5% oder Fr. 119'783.85 aus. Verteuert haben sich die Investitionen für die Belagsarbeiten, da dem beauftragten Unternehmer aufgrund der Vereinbarungen im Werkvertrag (Festpreise bis Ende 2006) die Teuerung auf der Ausführung der Deckbeläge (Realisation im Frühjahr 2007) vergütet werden mussten. Das unter dem Strich trotzdem eine derart grosse Kostenunterschreitung ausgewiesen wird hat damit zu tun, dass im KVA die Summe der Baumeisterarbeiten hier enthalten war. Abgerechnet wurden diese korrekt unter der Hauptposition "Gebäude" (siehe obenstehende Begründung).

Bei den "Baunebenkosten" beträgt die Kostenüberschreitung 34.3% oder Fr. 4'186.25. Die Kosten für Vervielfältigungen und Plankopien waren im KVA zu gering eingestellt - sie haben sich insgesamt mehr als verdoppelt. Zudem waren die Auflagen des Gewässerschutzamtes und daraus resultierenden Massnahmen für den Rückbau der Neutralisationsanlage bei der Ledergerberei Zeller derart umfangreich, dass es hier zu einer Kostenüberschreitung kam. Das anteilmässig auch hier verbuchte Werkhofprovisorium "Kopfbau Astra" löste im KVA nicht budgetierte Mehrkosten von Fr. 1'255.00 aus.

Die Hauptposition "Reserve" wurde im Laufe der Bauausführung durch zahlreiche Investitionen mit mehr oder weniger grossen Kostenüberschreitungen (siehe obenstehende Begründungen) vollständig aufgebraucht.

**Schlussbilanz:** Der Verpflichtungskredit ist mit Fr. 41'083.80 um 14.5% überschritten. Zuständig für die Bewilligung des hier erforderlichen Nachkredites ist der Gemeinderat, da die gesamte Kostenüberschreitung des Projektes "Feuerwerk" 8.7% beträgt.

### **Behandlung**

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, zeigt anhand einer Power-Point-Präsentation den baulichen Werdegang des Projekts „FeuerWerk“. Er bezieht sich auf die Hauptaussagen in der Präsentation und gibt ergänzende Bemerkungen dazu.





**FeuerWerk - Hauptaussagen**

- Das „FeuerWerk“ ist ein gelungener Bau
- Die Mitarbeitenden der Feuerwehr und des Werkhofs sind zufrieden
- Das Projekt war anspruchsvoll und hatte viele Schnittstellen
- Es gab verschiedene Probleme
- Die Kostenüberschreitung ist unerfreulich

gemeinde steffisburg

**FeuerWerk - Positives**

- Das FeuerWerk ist ein MINERGIE-Gebäude
- Effiziente Beheizung im Verbund mit dem Gemeindehaus
- Optimaler Standort
- Synergien Feuerwehr/Werkhof

gemeinde steffisburg

**FeuerWerk - Probleme**

- Wechsel Ansprechperson Architekt
- Nicht immer optimale Koordination zwischen Feuerwehr, Werkhof, Spezialkommission, Architekt, Abteilungen Hochbau und Finanzen
- Zur Sicherstellung der optimalen Nutzung reichte der gekürzte Kredit nicht
- Zu wenig Reserve für Unvorhergesehenes (Sanierung Altlasten, Provisorium Werkhof)
- Zu wenig striktes Kostenmanagement

gemeinde steffisburg

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, weist im Speziellen darauf hin, dass der Verzichtsplanning verschiedene bauliche Elemente und Anschaffungen zum Opfer fielen. Mit der fortschreitenden Realisierung des Projekts zeigte sich aber, dass einige Einsparungen wieder ins Projekt aufgenommen werden mussten. Damit die Schulung oder Rapporte für mehrere Gruppen sichergestellt werden kann, mussten beispielsweise die Schiebetrennwände in den entsprechenden Räumlichkeiten realisiert werden. In wenigen Fällen ist zudem die bequemere anstelle der kostengünstigeren Art gewählt worden. Der Posten „Unvorhergesehenes“ ist mit 5 % kalkuliert auf die Bausumme nicht wenig, jedoch hinsichtlich der Komplexität und Grössenordnung des Projekts nicht viel. Die Massnahmen für den Rückbau der Neutralisationsanlage bei der Ledergerberei Zeller waren mit Fr. 50'000.00 budgetiert. Die Arbeiten waren sehr aufwändig und die Kosten beliefen sich schlussendlich auf Fr. 110'000.00. Die Kosten für das Provisorium Werkhof und Feuerwehr im Astragebiet waren ebenfalls höher ausgefallen als budgetiert. Das Kostenmanagement war zudem zu wenig strikt.

## FeuerWerk - Kostenüberschreitung



- Ursprünglicher Kredit Fr. 6'560'000.00
- Nachkredite (Ausführungsphase) Fr. 411'000.00
- Nachkredit (Baubrechnung) Fr. 162'046.60
- Total Baubrechnung brutto Fr. 7'133'046.60
  
- Total Nachkredite Fr. 573'046.60
- Davon Teuerung Fr. 176'000.00

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, stellt fest, dass vor allem die Teuerung, die Altlastensanierung sowie Fehler des Architekten Komponenten sind, welche schlussendlich zur Kreditüberschreitung führten.

## FeuerWerk - Neues Projektcontrolling



- Überschreitung wäre früher festgestellt worden
- Departementsvorsteher wäre schneller und früher bei Kostenüberschreitungen einbezogen worden
- Klarer Prozess

Es ist unbestritten, dass mit einem Projektcontrolling, wie es der Gemeindepräsident Jürg Marti aufzeigte, der Prozess klarer und die Kreditüberschreitung wohl schlanker ausgefallen wäre.

## FeuerWerk - nachher



## FeuerWerk - nachher



## FeuerWerk - Vorschlag Wertung



Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, dankt an dieser Stelle den involvierten Beteiligten, der Spezialkommission, Hans-Peter Hadorn, Leiter Hochbau/Planung, sowie Beat Hauswirth, Bereichsleiter Bewartung/Unterhalt, welche alle zum guten Gelingen des Bauwerkes beigetragen haben. Er bittet die Ratsmitglieder, von der Abrechnung des Verpflichtungskredits „FeuerWerk“ Kenntnis zu nehmen.

#### Stellungnahme AGPK

Der Präsident der AGPK, Lukas Gyger, stellt fest, dass es nicht zufrieden stellend ist, von solch einer hohen Kreditüberschreitung Kenntnis nehmen zu müssen. Die Aussagen vom Gemeindepräsidenten Jürg Marti zeigen auf, dass künftig mit einem klaren Projektcontrolling Kreditüberschreitungen die Ausnahmen sein sollen und nicht wie heute von einer solch hohen Abweichung Kenntnis genommen werden muss.

Hans Ulrich Grossniklaus, SVP, möchte sich nicht zum 15 Jahre langen Weg äussern, sondern ausschliesslich sich dem Ergebnis zuwenden. Es gibt nur ein FeuerWerk im Kanton Bern und 714 Feuerwehrmagazine. Er ist sehr stolz, dass Steffisburg mit Grindelwald, Brienz und Meiringen über eines der modernsten und schönsten Feuerwehrmagazine mit dem Werkhof verfügt. Modern heisst aber nicht luxuriös, sondern zweckmässig. Es gibt zudem erfreuliche Synergien zwischen Feuerwehr und Werkhof. Der Teil Feuerwehr ist ausschliesslich aus den Ersatzabgaben bezahlt worden und hat somit keine Steuergelder benötigt. Es ist ein wegweisendes Projekt im Kanton Bern. Hans Ulrich Grossniklaus dankt allen Beteiligten für ihr Beitragen zu diesem guten Werk während dem 15-jährigen „Leidensweg“.

Peter Jordi kann seitens der SP-Fraktion die positiven Aspekte aufzeigen: Das FeuerWerk steht, die Infrastruktur ist zweckmässig, der Werkhof und die Feuerwehr sind mit ihren Räumlichkeiten zufrieden. Es ist der SP-Fraktion durchaus bewusst, dass es bei einem solch grossen Projekt zu Kostenüber- oder -unterschreitungen kommen kann. Er ist aber der Meinung, dass bei diesem Projekt von Anfang an verschiedene Fehler gemacht wurden. Die Ideen und die Ziele von allen an diesem Projekt beteiligten Seiten für die Feuerwehr und den Werkhof eine gute Lösung zu realisieren wird jedoch honoriert. Bei der Projektierung, Realisierung und Planung ist die Kostenkontrolle ausser Acht gelassen worden, was gravierend ist. Die Überschreitung ist wohl nur 8,7 % vom ursprünglichen Kredit, aber das sind fast Fr. 600'000.00 Mehrkosten. Peter Jordi ist davon überzeugt, dass die Mehrkosten durch fehlerhafte Planung und Kalkulation entstanden sind. Die SP-Fraktion hofft sehr, dass mit dem geplanten Projektcontrolling in Zukunft massive Kreditüberschreitungen nicht mehr diskutiert werden müssen. Die SP-Fraktion nimmt die Kreditabrechnung zur Kenntnis.

Ulrich Berger, SVP, gibt eine persönliche Erklärung ab und spricht hiermit den abwesenden Departementsvorsteher Marcel Schenk an. Ulrich Berger hat das Geschäft nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch studiert. Dabei ist ihm das Geschäft Gummweg vom letzten Jahr in den Sinn gekommen und hat im GGR-Protokoll vom 23. Januar 2009 folgendes Votum von ihm gefunden: „Er möchte wissen, was bei den anderen Strassen noch offen ist, wie es sich kostenmässig verhält und was noch ansteht.“ Departementsvorsteher Marcel Schenk hat an der GGR-Sitzung vom 6. März 2009 unter Anderem wie folgt informiert: „Beim Kredit Bahnhofstrasse Ost – Sanierung mit Gehweg – muss mit einer Teuerung von rund Fr. 10'000.00 gerechnet werden. Trotzdem wird die Abrechnung im Rahmen des Gesamtkredites abgerechnet werden können. Ebenso die Neuerstellung der Parkplätze an der Bahnhofstrasse sollte gemäss heutiger Sicht im Rahmen des Kredites abgerechnet werden können. *Mit weiteren negativen Überraschungen wie beim Gummweg muss deshalb nicht gerechnet werden.*“

Das Controlling hat mit der Frage von Ulrich Berger bereits damals begonnen. Ulrich Berger ist der Meinung, dass noch andere Fälle auftauchen und möchte mit Departementsvorsteher Marcel Schenk darum wetten und wartet, falls dieser einwilligt, auf einen entsprechenden Einsatz.

Markus Bühler, dankt seitens der EVP/EDU-Fraktion den Beteiligten für das gute Bauwerk. Die Mitarbeiter sind zufrieden und es steht genügend Raum für Maschinen und Gerätschaften zur Verfügung. Diese können zudem effizient und flexibel eingesetzt werden. Der Bau ist eine Investition in die Zukunft. Vorschriften der Gebäudeversicherung, Gewässerschutzmassnahmen und der Miernergie-Standard sind eingehalten worden. Die Gemeinde leistet hier auch Vorbildfunktion. Das Gebäude ist ein Gewinn für alle Steffisburgerinnen und Steffisburger. Die EVP/EDU-Fraktion ist über die Höhe der Nachkredite auch nicht glücklich, aber die positiven Aspekte überwiegen.

Hans Rudolf Marti, SVP, hat bereits früher darauf hingewiesen, dass ihm die Sicherheit als Mot-  
chef der Feuerwehr vor allem beim Ausrücken wichtig ist. Die Sicherheit war in den engen,  
engen Räumlichkeiten nicht immer gewährleistet. Im Namen der Mannschaft der Feuerwehr von damals  
und heute dankt er für das gelungene Werk.

Peter Jordi, SP, gibt eine persönliche Erklärung ab. Das Geschäft ist erledigt. Es ist unbestritten,  
dass das Gebäude sinnvoll und nutzbar ist. Er erinnert an die hitzigen Diskussionen bei den Kre-  
ditüberschreitungen der Strassenbauprojekte im letzten Jahr. Beim heutigen Geschäft beträgt die  
Überschreitung fast Fr. 600'000.00 und er ist erstaunt darüber, dass sich die Ratsmitglieder dazu  
kaum äussern.

Sandro Stauffer, FDP, gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung ab. Aus der Mitte der AGPK ist die  
Frage aufgetaucht, was ein Controlling gebracht hätte. Das Controlling kommt nun zum Einsatz  
und ist wohl ein wenig Gummweg geschädigt. Sandro Stauffer ist der Meinung, dass es Gumm-  
weg geschädigt ist, weil das Geschäft Gummweg früher als das Projekt „FeuerWerk“ behandelt  
worden ist.

### **Beschluss (Kenntnisnahme)**

1. Von der Abrechnung des Verpflichtungskredits vom 24.11.2004 im Zusammenhang mit dem  
Projekt „FeuerWerk“ (Neubau Werkhof, Erweiterung Feuerwehrmagazin, Neubau Abfallsam-  
melstelle) wird gestützt auf Art. 20 Abs. 6 der Gemeindeordnung Kenntnis genommen. Die Ab-  
rechnung präsentiert sich wie folgt:

|                      |                         |  |
|----------------------|-------------------------|--|
| Kostenvoranschlag    | Fr. 6'560'000.00        | (gem. Gemeindeabstimmung vom 24.11.2004) |
| Abrechnung           | <u>Fr. 7'133'046.60</u> |  |
| Kreditüberschreitung | Fr. +573'046.60         |  |

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz die Kreditüber-  
schreitung von total Fr. 573'046.60 als Nachkredite bewilligt hat.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeinderat Lorenz Kopp
  - Herrn Gemeinderat Stephan Spycher
  - Hochbau/Planung
  - Finanzen

## **20 41.120.000 Ortsplanung**

### **Hochbau/Planung; Ortsplanungsrevision; Kenntnisnahme Abrechnung Verpflich- tungskredit vom 30.4.2004**

#### **Abrechnung Verpflichtungskredit „Ortsplanungsrevision“**

Die Abrechnung schliesst wie folgt ab:

|                          |                                  |                    |                   |
|--------------------------|----------------------------------|--------------------|-------------------|
| <b>Abteilung</b>         | <b>Hochbau/Planung</b>           |                    |                   |
| <b>Kreditbezeichnung</b> | <b>Ortsplanungsrevision 200X</b> |                    |                   |
| <b>Bewilligt am</b>      | <b>30.04.2004</b>                | <b>durch</b>       | <b>GGR</b>        |
| <b>Nachkredit am</b>     | <b>29.08.2005</b>                | <b>durch</b>       | <b>GR</b>         |
| <b>Betrag inkl. MWST</b> | <b>600'000.00</b>                | <b>Kontonummer</b> | <b>790.509.06</b> |
| <b>Nachkredit</b>        | <b>60'000.00</b>                 |                    |                   |

| <b>Vergleich Kostenvoranschlag / Abrechnung</b>  |                   |                   |
|--|-------------------|-------------------|
| <b>Hauptpositionen inkl. MWST</b>                | <b>Abrechnung</b> | <b>KVA</b>        |
| Phase 1: Vorbereitung und Erarbeitung Kennzahlen | 21'027.95         | 15'000.00         |
| Phase 2: Standortbestimmung                      |                   |                   |
| Phase 3: Gemeindeleitbild                        | 93'206.60         | 95'000.00         |
| Phase 4: Mitwirkung + Diverses                   | 33'252.90         | 35'000.00         |
| Teilrevision Ortsplanung (OPLA 2020)             |                   |                   |
| - Bisherige Planungsarbeiten (150'000 - 145'000) |                   | 5'000.00          |
| - Richtplan Ortsentwicklung                      | 68'581.05         | 75'000.00         |
| - Ortsplanung                                    | 232'732.90        | 205'000.00        |
| - Planung ESP-Bahnhof                            | 13'239.10         | 33'000.00         |
| - Projektsteuerung und -begleitung               | 44'153.00         | 90'000.00         |
| - Öffentlichkeitsarbeit, PR, Druckkosten         | 31'641.30         | 25'000.00         |
| - Mehrere Auflagen, Einsprachen, Rechtshilfe     | 50'648.25         | 0.00              |
| - Reserven                                       | 0.00              | 22'000.00         |
| Verkehrsrichtplan (Nachkredit)                   | 48'253.65         | 60'000.00         |
| <b>Bruttoaufwand</b>                             | <b>636'736.70</b> | <b>660'000.00</b> |
| <b>Kreditunterschreitung</b>                     | <b>-23'263.30</b> | <b>-3.5%</b>      |
| Subventionen                                     |                   |                   |
| Nettoaufwand                                     | 636'736.70        |                   |

### **Begründung zur Kreditunterschreitung**

Der Aufwand für die Überarbeitung des Verkehrsrichtplanes fiel geringer aus, als im Nachkreditantrag vorgesehen war. Dagegen waren die Aufwände für die rechtlichen Verfahren grösser. Vorgesehen war eine öffentliche Auflage. Nach Einsprachen und Änderungen durch den Grossen Gemeinderat mussten insgesamt drei öffentliche Auflagen durchgeführt werden, was Mehrkosten verursachte. Im Bewilligungsverfahren gab es zusätzlichen Aufwand für die Bereiche „Dükerweg“ und „Wilerzone“.

### **Behandlung**

Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung, weist darauf hin, dass die Ortsplanung einen Prozess darstellt, der über gut sechs Jahre gelaufen ist. Der Prozess war aufwändig und viele Beteiligte, unter anderem auch die Bevölkerung, waren miteinbezogen. Die Ortsplanung kommt auch der nächsten Generation zu gute. Nach Einsprachen und Änderungen durch den Grossen Gemeinderat mussten insgesamt drei öffentliche Auflagen durchgeführt werden, was Mehrkosten verursachte. Er dankt den Beteiligten für die geleistete Arbeit und bittet die Ratsmitglieder, von der Abrechnung des Verpflichtungskredits Kenntnis zu nehmen.

### **Stellungnahme AGPK**

Der Präsident der AGPK, Lukas Gyger, teilt mit, dass die gestellten Fragen zum Geschäft kompetent beantwortet wurden. Die AGPK hat von Abrechnung Kenntnis genommen hat.

### **Beschluss (Kenntnisnahme)**

1. Von der Abrechnung des Verpflichtungskredits vom 30. April 2004 im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision wird gestützt auf Art. 20 Abs. 6 der Gemeindeordnung Kenntnis genommen. Die Abrechnung präsentiert sich wie folgt:

|  |                      |
|--|----------------------|
| - GGR-Kredit vom 30.4.2004             | Fr. 660'000.00       |
| - Total Kosten                         | Fr. 636'736.70       |
| <b>Kreditunterschreitung von 3,5 %</b> | <b>Fr. 23'263.30</b> |

2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Lorenz Kopp, Departementsvorsteher Hochbau/Planung
  - Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen
  - Hochbau/Planung
  - Finanzen

## 21 10.061.001 Motionen

### Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29): Behandlung

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 27. November 2009 reichte die FDP-Fraktion eine Motion mit folgendem Begehren ein: „Der Gemeinderat wird beauftragt, den Beitrag der Gemeinde an die Jugendarbeit der Vereine von momentan jährlich Fr. 35'000.00 ab dem Jahr 2010 mindestens zu verdoppeln. Dieser zusätzliche Betrag ist zu Lasten der geplanten Integrationsmassnahmen von maximal Fr. 300'000.00, welche im Finanzplan 2010 bis 2014 eingestellt sind, zu finanzieren.“

Der Gemeinderat hat die Motion am 30. November 2009 der Abteilung Präsidiales (Federführung Gemeindepräsident), in Zusammenarbeit mit den Abteilungen Soziales und Finanzen, zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Die Beurteilung der Motion erfolgt einerseits unter Einbezug der aktuellen Beitragspraxis zugunsten der Institutionen, Vereine sowie Einzelpersonen und andererseits basierend auf den bereits definierten Aktivitäten bezüglich Integration.

#### Beitragspraxis für Institutionen, Vereine und Einzelpersonen

Am 14. September 2009 beschäftigte sich der Gemeinderat mit der finanziellen und immateriellen Unterstützung der Gemeinde Steffisburg an die Sport-, Kunst- und Kulturtreibenden. Folgende Fakten und Grundsätze wurden festgehalten:

- In den Jahren 2006 – 2008 (exklusive das Jahr 2009, da noch nicht definitiv abgerechnet) richtete die Gemeinde Steffisburg Beiträge von durchschnittlich Fr. 122'119.00 pro Jahr aus. Die wiederkehrenden Beiträge (Sockel- und Jugendbeiträge) machten Fr. 63'431.00 aus, die einmaligen Fr. 58'688.00 (auf Gesuch hin). Nebst den genannten Summen stellt die Gemeinde Steffisburg den Vereinen Gratisleistungen von Fr. 246'100.00 zur Verfügung. Bei diesen Leistungen handelt es sich ausschliesslich um Teilkosten, welche bei der Benützung der Turnhallen, Schulräume und der weiteren Infrastruktur entstehen. Die Gemeinde Steffisburg unterstützt und anerkennt damit das unabdingbare und wertvolle Wirken der Sport-, Kunst- und Kulturtreibenden pro Jahr mit durchschnittlich Fr. 368'200.00.
- Die wiederkehrenden Beiträge sollen auf dem bisherigen Niveau weiterhin ausgerichtet werden (keine generelle Erhöhung der Sockelbeiträge), aktive und innovative Vereine sollen für ausserordentliche Anlässe und Aktivitäten mit einmaligen Zuschüssen – Anreizsystem für Aktive – unterstützt werden.

Mit der bisher praktizierten Regelung soll die Gemeinde individuell auf Anfragen reagieren können. Die Ausschüttung der Gelder erfolgt nicht nach dem „Giesskannenprinzip“, sondern situativ basierend auf den Richtlinien zur Ausrichtung von Beiträgen an Institutionen, Vereine und Einzelpersonen. Wesentliche Inhalte dieser Richtlinien sind:

- Es werden primär ortsansässige Institutionen, Vereine und Einzelpersonen unterstützt. Nur in Ausnahmefällen werden Beiträge an Privatpersonen ausgerichtet. Werden Beiträge an Privatpersonen ausgerichtet, müssen die Personen Wohnsitz in Steffisburg haben und einen Nachweis über ihre finanziellen Verhältnisse und die zweckbestimmte Verwendung der Steffisburger-Gelder beibringen.
- Die unterstützte Tätigkeit soll in den Bereichen Sport, Kultur, Gesellschaft Impulse setzen.
- Zu unterstützende Veranstaltungen finden in der Gemeinde Steffisburg statt oder sind ein bedeutender regionaler Anlass mit einem Bezug zu Steffisburg (z. B. Teilnehmer oder Mitwirkende).

#### Beschlossene Schritte bezüglich Integration

Am 17. August 2009 entschied der Gemeinderat eine Erhebung mit externer Unterstützung (Büro BASS) zum Themenkreis „Integration“ durchzuführen, welche mögliche Handlungsfelder in diesem sehr wichtigen Bereich aufzeigen soll. Basierend auf den Erkenntnissen sollen dann Ziele und Massnahmen formuliert werden.

Absichtserklärung und grobes Vorgehen (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Gemeinderats vom 17. August 2009)

*Schon heute wird in Steffisburg viel dafür getan, dass sich die Wohnbevölkerung wohl, sicher und heimisch fühlen kann. Besonders erwähnenswert sind dabei das Engagement und die konkrete Arbeit der Vereine, der Leiste, der politischen Parteien und der kirchlichen Institutionen. Was aber fehlt, ist eine Gesamtschau und, daraus abgeleitet, ein breiter Konsens über die sozialpolitischen Zielsetzungen. Hauptsächlich aus diesem Grund ist die Arbeitsgruppe zum Schluss gekommen, dass es sinnvoll ist, vorerst eine Auslegeordnung zu erstellen. In einem ersten Schritt sollen die Problemlagen beschrieben und die Handlungsspielräume der Gemeinde erkannt werden. Ausserdem sollen die Akteure und deren Verantwortlichkeiten benannt werden. Bereits bestehende Massnahmen sollen erfasst und beurteilt, Lücken sollen ausfindig gemacht werden. Erst wenn alle Fakten und Kenntnisse gesammelt worden sind, kann der Gemeinderat die Richtung, also die sozialpolitischen Ziele, festlegen. Ist die Stossrichtung einmal bekannt, können unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten Massnahmen diskutiert und beschlossen werden.*

#### Finanzielle Situation

Im aktuellen Finanzplan sind pro Jahr Fr. 300'000.00 für Integrationsmassnahmen eingestellt. Davon sind für das befristete Projekt „Schulsozialarbeit“ folgende Beiträge bereits fix engagiert:

2010: Fr. 239'000.00

2011: Fr. 229'000.00

2012: Fr. 242'000.00

Für weitere Massnahmen zum Thema „Integration“ stehen also nur noch rund Fr. 60'000.00 pro Jahr zur Verfügung. Vorerst geht es darum, die in Auftrag gegebene Studie/Erhebung abzuwarten, wirksame Ideen für Massnahmen zum Thema „Integration“ zu sammeln und erst in Kenntnis dieser Fakten zu entscheiden, für welche weiteren Projekte die zur Verfügung stehenden Mittel verwendet werden sollen.

#### Fazit zum parlamentarischen Vorstoss

Im Grundsatz kann der Vorstoss der FDP-Fraktion unterstützt werden. Der Gemeinderat teilt die Meinung, dass wertvolle Jugendarbeit unterstützt werden soll. Dies manifestiert er in den vorangehenden Ausführungen. Jedoch schlägt er vor, den Motionsinhalt nicht wie gefordert bereits im Jahr 2010 zu realisieren, sondern erst bei der Umsetzung der definierten Integrationsmassnahmen mitzubedenken, welche auf der Situationsanalyse zum Thema „Gemeinde Steffisburg – Erfolgreiches Zusammenleben durch Förderung der sozialen Integration“ basiert.

In diesem Sinne lehnt der Gemeinderat die Motion der FDP-Fraktion ab, indem sie einerseits zeitlich nicht mit dem laufenden Projekt übereinstimmt und andererseits der Situationsanalyse und der Zieldefinition vorgreift.

Sofern der Erstunterzeichner Sandro Stauffer bereit ist, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ist darauf einzutreten und das Postulat dem Grossen Gemeinderat zur Annahme zu empfehlen. Der Gemeinderat ist bereit, das Begehren im Rahmen der noch zu treffenden Integrationsmassnahmen einfließen zu lassen, welche nach der Situationsanalyse zum Thema „Gemeinde Steffisburg – Erfolgreiches Zusammenleben durch Förderung der sozialen Integration“ definiert werden.

Der Gemeinderat wird in Kenntnis aller möglicher Massnahmen die Prioritäten setzen und die Kredite bewilligen bzw. dem zuständigen Organ zur Bewilligung unterbreiten.

Sollte der Grosse Gemeinderat die Motion annehmen, ist damit zwingend ein Nachkredit von Fr. 35'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010, Konto 350.365.01, zu bewilligen bzw. ab dem Jahr 2011 die entsprechende Voranschlagsposition um Fr. 35'000.00 zu erhöhen, wofür der jährlich wiederkehrende Verpflichtungskredit ebenfalls durch den Grossen Gemeinderat direkt an der Sitzung vom 12. März 2010 zu bewilligen wäre.

### **Antrag Gemeinderat an den Grossen Gemeinderat**

1. Die Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29) wird abgelehnt.
2. Sofern die Motionäre bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, ist darauf einzutreten und der Vorstoss in Form eines Postulates anzunehmen.
3. Stimmt der Grosse Gemeinderat der Umwandlung gemäss Ziffer 2 zu, ist der Gemeinderat bereit, das Begehren im Rahmen der noch zu treffenden Integrationsmassnahmen einfließen zu lassen, welche nach der Situationsanalyse zum Thema „Gemeinde Steffisburg – Erfolgreiches Zusammenleben durch Förderung der sozialen Integration“ definiert werden. Der Gemeinderat wird in Kenntnis aller möglicher Massnahmen die Prioritäten setzen und die Kredite bewilligen bzw. dem zuständigen Organ zur Bewilligung unterbreiten.

### **Behandlung**

Gemeindepräsident Jürg Marti ist es wichtig, vorab einen Punkt festzuhalten. Der Inhalt der Motion ist beim Gemeinderat auf fruchtbaren Boden gestossen. Der Gemeinderat kann die Idee – die Stärkung der Jugendarbeit in Vereinen – zu 100 % unterstützen. Jährlich honoriert die Gemeinde die Dienste der ortsansässigen Vereine mit weit über Fr. 300'000.00, welche direkt oder zumindest indirekt wertvolle Arbeit für unsere Jugend leisten.

Der Gemeinderat schlägt die Umwandlung in ein Postulat vor, weil sie einerseits zeitlich nicht mit dem laufenden Projekt übereinstimmt und andererseits der Situationsanalyse und der Zieldefinition vorgeht. Der Gemeinderat ist bestrebt, optimal und effizient zu steuern, indem er mit einer Auslegeordnung bezüglich Integration startet, sinnvolle Handlungsfelder erkennt, damit Ziele und Massnahmen definiert werden können. Erst anschliessend sollen die finanziellen Mittel gezielt zugewiesen und freigegeben werden.

Die Fr. 300'000.00 sind ein Planwert im Finanzplan. Die geforderten zusätzlichen Fr. 35'000.00 müssten dem Konto „Jugendbeiträge“ belastet werden, wo bisher nur Fr. 35'000.00 statt 70'000.00 budgetiert sind. Das bedingt für das Jahr 2010 einen Nachkredit.

Erstunterzeichner, Sandro Stauffer, hält an der Motion fest. Er dankt an dieser Stelle für die Ausführungen zur Budgetierung sowie den weiteren Formalitäten. Wenn der Grosse Gemeinderat der Verdoppelung des Beitrages an die Jugendarbeit in den Vereinen zustimmt, bleiben für die weiteren Massnahmen zum Thema Integration immer noch Fr. 25'000.00. Er bittet die Ratsmitglieder, an der Motion festzuhalten.

Der Vorsitzende, Heinz Gerber, macht die Ratsmitglieder mittels einer Folie auf die Konsequenzen aufmerksam, welche eine Annahme der Motion mit sich ziehen. Weil die Folie schlecht lesbar ist, liest der Vorsitzende diese vor wie folgt:

#### „Eventualbeschluss GGR bei Annahme der Motion

1. Die Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29) wird angenommen.
2. Für die Ausrichtung von zusätzlichen Beiträgen zur Unterstützung der Jugendarbeit in den Steffisburger Vereinen wird ein Nachkredit von Fr 35'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010, Konto 350.365.01 bewilligt.



3. Ab dem Jahr 2011 wird die Voranschlagsposition 350.365.01 um Fr. 35'000.00 erhöht und der erforderliche, jährliche wiederkehrende Verpflichtungskredit bewilligt.
4. Es wird davon Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Detailregelungen und Auflagen, soweit nötig, in die bereits heute bestehenden „Richtlinien zur Ausrichtung von Beiträgen an die Jugendarbeit in den Vereinen“ beschliessen wird.
5. Die Motion wird damit als erfüllt abgeschrieben.
6. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
7. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Susanna Schmid, Departementsvorsteherin Soziales
  - Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen
  - Soziales
  - Finanzen
  - Präsidiales (10.061.001)
  - Gemeindeschreiber“

Das heisst also, sollte der Grosse Gemeinderat die Motion annehmen, ist damit zwingend ein Nachkredit von Fr. 35'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2010, Konto 350.365.01, zu bewilligen bzw. ab dem Jahr 2011 die entsprechende Voranschlagsposition um Fr. 35'000.00 zu erhöhen, wofür der jährlich wiederkehrende Verpflichtungskredit ebenfalls durch den Grossen Gemeinderat direkt an der heutigen Sitzung zu bewilligen wäre.

Ulrich Berger, schickt voraus, dass der Inhalt der Motion in Bezug auf die Förderung und Unterstützung der Vereine bzw. der Jugendarbeit auch ein Thema der SVP-Fraktion ist und unterstützt den Vorstoss grundsätzlich. Der zeitliche Ablauf ist jedoch nicht korrekt. Ulrich Berger fragt den Erstunterzeichner, wieso die Erhöhung im Jahr 2010 sein muss. Besteht irgendwo eine Notsituation oder hat ein Verein ein grösseres Problem? Er ist der Meinung, dass es erst ab dem Jahr 2011 eine Erhöhung geben soll. Finanzplan und Budget sind Instrumente für die längerfristige Planung und sollten nicht umgestossen werden. Bei anderen Projekten – wie beispielsweise bei der Strassenbeleuchtung – kann ein rascher Handlungsbedarf nötig sein und Massnahmen werden umgesetzt.

Zusammengefasst kann die SVP-Fraktion dem Vorstoss inhaltlich zustimmen, lehnt die Umsetzung jedoch bereits ab dem Jahr 2010 ab, weil es finanztechnisch nicht in die Landschaft passt.

Gabriela Hug gibt namens der SP-Fraktion bekannt, dass Jugendarbeit in den Vereinen auch unterstützt und belohnt werden soll. Die SP-Fraktion spricht sich dafür aus, den Betrag für die Jugendarbeit zu verdoppeln, d.h. von jährlich Fr. 35'000.00 auf neu Fr. 70'000.00. Die SP-Fraktion findet es jedoch nicht richtig, den zusätzlichen Betrag zu Lasten der geplanten Integrationsmassnahmen zu finanzieren. Der Budgetposten Jugendarbeit in den Vereinen soll verdoppelt und somit die Arbeit honoriert werden. Die SP-Fraktion will die Motion annehmen und den Nachkredit genehmigen lassen.

Erstunterzeichner, Sandro Stauffer, sagt, dass momentan keine Not besteht. Ihm ist es wichtig, dass die gute Jugendarbeit in den Vereinen geschätzt und honoriert wird. Mit der Annahme der Motion gibt es keine Kürzung der Fr. 300'000.00, sondern rein materiell ist eine Verdoppelung des Kontos Jugendarbeit vorzunehmen.

Thomas Schweizer, gibt seitens der EVP/EDU-Fraktion bekannt, dass sie über die vielen Vereine glücklich sind, welche gute Jugendarbeit leisten. Sie sind jedoch der Meinung, die Fr. 35'000.00 nicht in den Integrationskredit einzubinden. Mehrheitlich werden sie die Motion daher wohl ablehnen. Es gibt Integrationsbedarf. Die Gemeinde ist daran, diesen zu erheben. Es sind Menschen aus anderen Ländern und Ausgesteuerte. Das Postulat KulturLegi ist noch hängig. Das sind Komponenten, welche aus dem Integrationskredit bezahlt werden sollten. Wird nun eine bindende Ausgabe von Fr. 35'000.00 pro Jahr bewilligt, so mindert sich der Betrag für Integrationsmass-

nahmen entsprechend auf Fr. 25'000.00. Im Weiteren haben die Vereine ein finanzielles Steuerungselement, indem sie Mitgliederbeiträge einfordern können. Sie haben die Möglichkeit ihren Finanzhaushalt zu gestalten. Thomas Schweizer ist der Meinung, das verbleibende Geld vom Schulsozialkredit dort einzusetzen, wo keine anderen Finanzen vorhanden und Integrationsmassnahmen nötig sind.

Ulrich Berger, SVP, ist der Meinung, dass ein solcher Vorstoss im letzten Jahr hätte erfolgen sollen. Zu diesem Thema hat der Grosse Gemeinderat ausführlich mündlich und schriftlich genügend Informationen erhalten. Er gibt deutlich zum Ausdruck, dass die SVP-Fraktion der Umwandlung in ein Postulat zustimmt.

Claudia Schanz, SP, durchlebte in ihrer Zeit als Kassierin des Pfadfindervereins trotz Subventionen und Mitgliederbeiträgen viele finanzielle Engpässe. Heute, als Kassierin des Musikvereins, stellt sich die Situation nicht anders dar. Musiklehrerlöhne stehen an und sie hofft, dass das Jahreskonzert ein guter Erfolg wird und die nötigen Geldmittel einbringen wird. Viele Familien können sich die Musikschule in Thun nicht leisten und eine Beitragserhöhung kann ihnen nicht zugemutet werden. Es ist daher wichtig, die Jugendarbeit in den Vereinen zu unterstützen und Integrationsmassnahmen vorzunehmen. Die Verdoppelung des Beitrages ist sinnvoll und nötig.

Erstunterzeichner, Sandro Stauffer, bezieht sich auf den Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 19. Oktober 2009 wie folgt: „Für die Umsetzung und Durchführung des dreijährigen Projektes „Schulsozialarbeit Steffisburg“ wird ein Kredit von insgesamt Fr. 710'000.00 bewilligt“. Das sind rund dreimal Fr. 240'000.00 für die Schulsozialarbeit. Die Fr. 300'000.00 sind eingestellt und der Grosse Gemeinderat soll seine Kompetenzen wahr nehmen und bestimmen, was mit diesem Geld geschieht.

Gemeindepräsident Jürg Marti stellt fest, dass die Schulsozialarbeit ein Pilotprojekt von drei Jahren ist. Mit den Fr. 300'000.00 hat der Gemeinderat ein Zeichen für die Integrationsmassnahmen gesetzt. Fr. 60'000.00 sind heute offen und Fr. 35'000.00 davon sollen nun für die Jugendarbeit in den Vereinen zusätzlich gesprochen werden, so verbleiben Fr. 25'000.00 für die Integrationsmassnahmen. Die Ratsmitglieder plädieren nun mehrheitlich für die Fr. 70'000.00, also einer Verdoppelung der Jugendarbeit in den Vereinen, wobei ursprünglich die Idee war, erst abzuwarten und dann zu entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden. Der Gemeinderat war stets bereit, ausserordentliche Beitragsgesuche zu behandeln. Individuell und nach Engagement der Vereine mit einem guten Projekt sind immer wieder Gelder gesprochen worden, wie zum Beispiel an den Kunstturnertag.

„Wahlen lassen grüssen“, unter diesem Motto titulierte Susanna Schmid, Departementsvorsteherin Soziales, den Vorstoss. Es ist ihr unverständlich, dass der geringe Betrag für Integrationsmassnahmen, nun noch um die Hälfte gekürzt werden soll. Die Gefahr besteht, dass die Abteilung Soziales im Sommer ein gutes Integrationsprojekt aufzeigt, jedoch dafür die nötigen Geldmittel dann zumal fehlen könnten. Susanna Schmid befürwortet die Umwandlung in ein Postulat, damit das Begehren im Rahmen der noch zu treffenden Integrationsmassnahmen einfließen kann, welche nach der Situationsanalyse definiert werden.

Erstunterzeichner, Sandro Stauffer, hält auf Nachfrage des Vorsitzenden an der verbindlichen Form der Motion fest.

#### Abstimmung über Ablehnung der Motion

Mit 16 zu 15 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

Somit fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der FDP-Fraktion betr. „Jugendarbeit der Vereine stärken“ (2009/29) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.

3. Eröffnung an:
- Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Susanna Schmid, Departementsvorsteherin Soziales
  - Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen
  - Soziales
  - Finanzen
  - Präsidiales (10.061.001)
  - Gemeindeschreiber

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 20. April 2010, in Kraft.

## 22 10.061.002 Postulate

### **Postulat der FDP-Fraktion betr. „Optimierung Busverbindungen nach 24.00 Uhr“ (2009/30); Behandlung**

Inhalt des Vorstosses

An der Sitzung des Grossen Gemeinderats vom 27. November 2009 reichte die FDP-Fraktion ein Postulat mit folgendem Begehren ein: „*Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die Busverbindungen von Thun nach Steffisburg nach 24.00 Uhr derart ausgebaut werden können, dass der Anschluss an die Zugverbindungen aus Bern einerseits und die Gleichschaltung mit der Polizeistunde in Thun andererseits gewährleistet ist.*“

Der Gemeinderat hat das Postulat am 30. November 2009 der Abteilung Sicherheit zur Stellungnahme zugewiesen.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Die letzten Zugsankünfte in Thun von Bern her sind um 00:46 Uhr (Sonntag – Donnerstag) bzw. 01.33 Uhr (Freitag/Samstag) und von Spiez her um 23:58 Uhr bzw. 00:04 Uhr. Daneben verkehrt die Moonliner-Linie M15 durch Steffisburg. Sie bietet Aussteigemöglichkeiten an vier Stationen in Steffisburg (Schwäbis, Sonnenfeld, Platz und Zugbrücke). Die Ankunftszeiten bei der Haltestelle Platz sind 03:12 Uhr und 04:27 Uhr aus Richtung Bern bzw. 00:21 Uhr und 02:56 Uhr von Interlaken – Spiez her kommend.

Die ordentliche Polizeistunde im Kanton Bern und somit auch in Thun ist um 00:30 Uhr. Einzelne Betriebe dürfen ihre Lokaltäten bis längstens um 03:30 Uhr offen halten. Damit ist der Rahmen für einen Ausbau der Busverbindungen gesteckt.

Es gilt zu bedenken, dass jede zusätzliche Abfahrt je Haltestelle den Kostenanteil von Steffisburg an den öffentlichen Verkehr erhöht (mehr öV-Punkte). Offen ist zudem, ob eine Erweiterung des Angebots aus betrieblicher Sicht der Transportunternehmung STI überhaupt möglich wäre.

Sowohl die Sicherheitskommission wie auch der Gemeinderat sind bereit, das Anliegen zusammen mit der Transportunternehmung STI näher zu prüfen und beantragen daher dem Grossen Gemeinderat, das Postulat anzunehmen.

#### **Behandlung**

Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit, erklärt, dass sowohl die Sicherheitskommission wie auch der Gemeinderat bereit sind, das Anliegen zusammen mit der Transportunternehmung STI näher zu prüfen und beantragen dem Grossen Gemeinderat, das Postulat anzunehmen. Es ist klar, dass Mehraufwand auch mit Kosten verbunden ist.

Erstunterzeichner, Michael Riesen, ist der Meinung, dass Steffisburg als fünftgrösste Gemeinde im Kanton Bern ein Anschluss nicht nur überprüft, sondern alsdann auch realisiert. Erfahrungsgemäss ist der letzte Bus ab Thun immer sehr gut besetzt und ein Ausbau der Busverbindungen nach 24.00 Uhr ist gerechtfertigt.

Claudia Schanz gibt bekannt, dass die SP-Fraktion dem Antrag zustimmen wird. Der Bedarf nach zusätzlichen Verbindungen besteht auch früh morgens. In die Überprüfung ist auch die Bernstrasse-Linie mit einzubeziehen. In einer persönlichen Erklärung dankt sie dem Frauenverein bei dieser Gelegenheit für das Sponsoring der Moonliner-Linie.

Christian Gerber gibt seitens der EVP/EDU-Fraktion bekannt, dass das Begehren wünschenswert wäre, aber wohl nicht bezahlbar. Als Alternativen zu weiteren Verbindungen bleiben wohl die Benutzung von Fahrrad oder Taxi. Die EVP/EDU-Fraktion wird dem Postulat daher nicht zustimmen, weil es aus Kostengründen nicht realisierbar ist und die Verwaltung unnötig beschäftigt wird.

#### Abstimmung über Annahme des Postulates

Mit 19 zu 8 Stimmen wird das Postulat angenommen.

Somit fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Das Postulat der FDP-Fraktion betr. „Optimierung Busverbindungen nach 24.00 Uhr“ (2009/30) wird angenommen.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Jürg Marti, Gemeindepräsident
  - Stefan Schneeberger, Departementsvorsteher Sicherheit
  - Sicherheit
  - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 20. April 2010, in Kraft.

### **23 10.061.002 Postulate**

#### **Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Integrationsimpuls durch angeordnete Erwerbsarbeit an der Schwelle zum Sozialhilfebezug“ (2009/31); Behandlung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 27. November 2009 reichte die EVP/EDU-Fraktion ein Postulat mit folgendem Begehren ein: *„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob der Zugang zum Sozialhilfebezug an eine Phase angeordneter Erwerbsarbeit und während dieser an ein auf Integration ausgerichtetes Coaching geknüpft werden soll.“*

Ferner wurde der Gemeinderat gebeten zu prüfen,

- a. ob die Erfahrungen aus dem Projekt „Passage“ im Hinblick auf Integration und Sozialhilfemissbrauch Impulse für den Steffisburger Sozialhilfevollzug bieten würden;
- b. ob für Neubewerberinnen und Neubewerber um Sozialhilfe eine Variante des Modells „Passage“ auch in unserer Gemeinde eingeführt werden könnte;
- c. wie sich das auf die Sozialhilfekosten der Gemeinde auswirken würde;
- d. welche Kosten der Gemeinde daraus erwachsen würden.

Der Gemeinderat hat das Postulat am 3. Dezember 2009 der Abteilung Soziales zur Stellungnahme zugewiesen.

## Stellungnahme Gemeinderat

Das Postulat verfolgt zwei Ziele: die Verhinderung von Sozialhilfemissbrauch durch Schwarzarbeitende und die Förderung der Arbeitsintegration durch einen sofortigen Arbeitseinstieg. Es lehnt sich an das Projekt „Passage“ der Stadt Winterthur an.

„Passage“ richtet sich an Personen, die sich zum Sozialhilfebezug angemeldet haben und deren Bedürftigkeit grundsätzlich anerkannt worden ist. Jährlich erfüllen ca. 20 % aller Sozialhilfesuchstellenden die Voraussetzung für eine Passage-Zuweisung; rund 80 % der Hilfesuchenden werden ohne Passage-Teilnahme direkt in die Sozialhilfe aufgenommen. Den Teilnehmenden von „Passage“ wird ein Arbeitsplatz in der Forstpflanze zugewiesen; vor dem Arbeitseinsatz findet täglich eine Fragestunde im Plenum statt.

Im Zusammenhang mit „Passage“ wird auch häufig der Begriff „Gate-Keeping“ verwendet. Im Vordergrund dieses Ansatzes steht die Frage des Zugangs zur Sozialhilfe und des Anspruchs auf individuelle Unterstützung. Dementsprechend verfolgt dieses Modell die Missbrauchsbekämpfung als prioritäres Ziel. Um darüber hinaus dem Ziel der Arbeitsintegration gerecht zu werden, sind erweiterte und umfassendere Betreuungs- und Coachingstrukturen notwendig, als dies „Passage“ anbietet. Als Beispiel sei hier das Modell „Basisbeschäftigung“ der Stadt Zürich genannt, die in ähnlicher Weise wie „Passage“ neu Sozialhilfe Beziehende einem vierwöchigen Arbeitseinsatz zuweist. Während des Einsatzes werden die Teilnehmenden jedoch intensiv abgeklärt und gecoacht, womit in erster Linie das Ziel der Arbeitsintegration verfolgt wird.

Das neue Sozialhilfegesetz (2001) basiert auf einem Steuerungsmodell mit entsprechenden Steuerungsinstrumenten für ein wirkungsorientiertes Sozialwesen. Die individuelle Sozialhilfe, die Angebote für ältere und pflegebedürftige Menschen, die Suchthilfe und Gesundheitsförderung und die Angebote zur sozialen Integration gelten als Verbundaufgaben und werden zu gleichen Teilen (50/50) von Kanton und Gemeinden über den Lastenausgleich finanziert. Die Steuerungsverantwortung über diese Bereiche obliegt dem Kanton.

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) hat sich bereits eingehend mit dem Winterthurer Modell „Passage“ auseinandergesetzt. Im Zusammenhang mit der Beantwortung der Motion Messerli (EVP), Nidau, stellte der Regierungsrat am 14. Oktober 2009 fest, dass es schwierig sei, beide Ziele – die schnelle Arbeitsintegration und die Missbrauchsbekämpfung – innerhalb derselben Massnahme in gleichberechtigter Weise anzugehen. Der Regierungsrat geht davon aus, dass beide Ziele effizienter erreicht werden können, wenn eine Massnahme eindeutig auf *ein* Ziel und *eine* Zielgruppe ausgerichtet ist. Er ist der Meinung, dass es möglich sein wird, beide Zielsetzungen mit einzelnen Massnahmen im Rahmen des bestehenden und breit akzeptierten Systems der beruflichen und sozialen Integration in der Sozialhilfe (BIAS - Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe) zu verwirklichen. Bezüglich einer Ergänzung im Bereich Missbrauchsbekämpfung bzw. Abklärung will die GEF im Jahr 2010 in den Städten Bern und Biel das Pilotprojekt „Testarbeitsplätze“ durchführen. Die Evaluation dieses Pilotprojektes wird im Hinblick auf eine kantonale Umsetzung Klarheit bezüglich Wirkung und Kosten liefern.

Auf diesem Hintergrund kann das Winterthurer Modell „Passage“ in der Gemeinde Steffisburg gar nicht eingeführt werden; es sei denn, sie übernimmt die anfallenden Kosten selber. Diese würden sich bald einmal auf mehrere zehntausend Franken belaufen, weil Arbeitseinsätze ausserhalb der Sozialhilfe den rechtlichen Bestimmungen des Obligationenrechtes und in einigen Branchen einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit Mindestlöhnen unterliegen und die anfallenden Lohn- und Personalkosten nicht dem Lastenausgleich zugeführt werden könnten. Ferner wirft ein Gate-Keeping vor dem Eintritt in die Sozialhilfe auch rechtliche Fragen auf, weil keine diesbezüglichen Bestimmungen im geltenden Sozialhilfegesetz vorliegen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die individuelle Sozialhilfe und die Angebote zur sozialen Integration als Verbundaufgaben gelten und zu gleichen Teilen von Kanton und Gemeinden über den Lastenausgleich finanziert werden. Die Steuerungsverantwortung über diese Bereiche obliegt dem Kanton. Ein gemeindeeigenes Angebot, das sich an das Winterthurer Modell „Passage“ anlehnt, ist aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht durchsetzbar. Der Gemeinderat beantragt daher, das Postulat anzunehmen und aufgrund der durchgeführten Abklärungen als erfüllt abzuschreiben.

## **Behandlung**

Susanna Schmid, Departementsvorsteherin Soziales, hebt hervor, dass die individuelle Sozialhilfe und die Angebote zur sozialen Integration so genannte Verbundaufgaben sind. Diese werden zu gleichen Teilen von Kanton und Gemeinden über den Lastenausgleich finanziert. Die Steuerung obliegt dem Kanton und nicht den einzelnen Gemeinden. Es ist nicht sicher, ob ein Angebot wie das Winterthurer Modell umgesetzt werden könnte, da diesbezügliche Bestimmungen im geltenden Sozialhilfegesetz fehlen. Diese Angelegenheit müsste juristisch näher abgeklärt werden. Ausserdem ist sie erstaunt, dass nur 20 % an dem Passage-Projekt in Winterthur teilnehmen.

Erstunterzeichner, Thomas Schweizer, bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Abteilung Soziales für die Recherche und die Stellungnahme. Die klare Ablehnung der Idee hat ihn enttäuscht, da die Idee doch entwicklungsfähig gewesen wäre. Er entnimmt der Stellungnahme, dass das Herzblut in der Abteilung Soziales fehlt und ebenso die Ressourcen, um an so einem Modell überhaupt mitzudenken. Er erachtet die Variante „Passage“ als finanzierbar.

Im Bericht und Antrag zum Postulat wurden die beiden Fragen c und d, wo es darum geht, wie sich das Projekt auf die Sozialhilfekosten der Gemeinde auswirkt und welche Kosten daraus erwachsen würden, nicht beantwortet. Thomas Schweizer hat gehofft, dass die Prüfung der beiden unbeantworteten Fragen dazu führen, dass die eine oder andere Integrationsmassnahme in einem Pilotprojekt erprobt würde. Nach seinen Berechnungen würde ein Beitrag von Fr. 30'000.00, ergänzend zu den ordentlichen Sozialhilfebeiträgen, für die Durchführung beider Massnahmen mit 20 Sozialhilfebezügern reichen. Wenn schon nur ein Sozialhilfebezüger dadurch wieder den Weg in die Arbeitswelt finden würde, wäre das volkswirtschaftlich gesehen ein Gewinn. In der Schweiz besteht leider ein System, bei welchem in diesem Fall Kosten bei der Gemeinde anfallen, obwohl sie volkswirtschaftlich einen ziemlich grossen Gewinn bringen (Verminderung der Kosten im Lastenausgleich, weil weniger Sozialhilfebezügern). Diese Gegebenheit stellt im politischen System, d.h. auch für unsere Gemeinde, ein Problem dar. Die EVP/EDU-Fraktion wird trotzdem die Abschreibung des Postulates unterstützen.

### Abstimmung über die Annahme des Postulates

Das Postulat wird mit 26 zu 1 Stimmen angenommen.

### Abstimmung über die Abschreibung des Postulates

Das Postulat wird mit 25 zu 1 Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

Somit fasst der Rat folgenden

## **Beschluss**

1. Das Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Integration durch angeordnete Erwerbsarbeit an der Schwelle zum Sozialhilfebezug“ (2009/31) wird angenommen.
2. Das Postulat wird gleichzeitig als erfüllt abgeschrieben.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
  - Susanna Schmid, Departementsvorsteherin Soziales
  - Soziales
  - Präsidiales (10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 20. April 2010, in Kraft.

## 24 10.061.000 Parlamentarische Vorstösse

### Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung

#### 24.1 Postulat der EVP/EDU-Fraktion betr. „Anpassung des Ziegeleikreisels und der Thunstrasse an die Erfordernisse des Bypasses Thun-Nord“ (2009/5)

##### Begehren

Der Gemeinderat wird beauftragt, sich beim Kanton einzusetzen dafür, dass die Anpassung des Ziegeleikreisels an das erhöhte Verkehrsaufkommen durch den Bypass Thun Nord gleichzeitig mit den Bypassarbeiten ausgeführt werden und dass geeignete Massnahmen zur Sicherung des Langsamverkehrs auf der Stockhornstrasse, im Ziegeleikreisel und auf der Thunstrasse verwirklicht werden.

##### Begründung:

Die Informationsveranstaltungen zum Bypass Thun Nord haben aufgezeigt:

Eine Anpassung des Ziegeleikreisels an die neuen Erfordernisse, die durch den Bypass entstehen werden, soll zwar geplant, aber erst einige Jahre nach Inbetriebnahme des Bypasses realisiert werden. Es wurde klar gemacht, dass man auf eine Realisierung aus Kostengründen eigentlich lieber verzichten möchte.

Für die Sicherung des Langsamverkehrs im Ziegeleikreisel und in der Fortsetzung auf der Thunstrasse in Richtung Berntor ist noch keine geeignete Lösung vorhanden.

Tatsache ist, dass schon beim gegenwärtigen Verkehrsaufkommen die ungünstigen Einfahrtsverhältnisse von der Stockhornstrasse in den Ziegeleikreisel zu einer erhöhten Gefahrendisposition für den Langsamverkehr führen. Auch die fehlenden Velosicherheitsmassnahmen zwischen Stockhornkreisel und Spitalkreisel führen im Stossverkehr immer wieder zu gefährlichen Situationen für die vielen Velofahrerinnen und Velofahrer, die dann unterwegs sind. Deshalb erachten wir es als notwendig, dass der Gemeinderat sich beim Kanton dafür einsetzt, dass für diese Probleme Lösungen gleichzeitig mit dem Bau des Bypasses Thun Nord realisiert werden.

Der Erstunterzeichner, Thomas Schweizer, hat keine ergänzenden Bemerkungen anzubringen.

#### 24.2 Interpellation der EVP/EDU-Fraktion betr. „Workshops: Die Zyklus-Show für Mädchen in der Pubertät“ (2010/06)

##### Begehren

Vor etwa zehn Jahren hat eine deutsche Ärztin auf ihre Beobachtungen, dass sehr viele Frauen nur ungenau über die Geschehnisse in ihrem Körper Bescheid wissen, reagiert und für 10-12 jährige Mädchen das Buch „Was ist los in meinem Körper?“ herausgegeben.

Das Buch hatte grossen Erfolg. In der Folge wurde daraus eine Kurseinheit für Mädchen in der Pubertät erarbeitet: „Die Zyklus Show“. In den sechsstündigen Workshop werden auch die Eltern einbezogen.

Seit einigen Jahren besteht in der Schweiz ein Verein, der dieses Projekt an Schulen und für Vereine anbietet. Neu ist auch ein Workshop für Jungen im Angebot.

Die Kursleiterinnen sind meistens Krankenschwestern, Hebammen oder Personen mit einer pädagogischen Ausbildung. Das SRK unterstützt diesen Verein in seinem Bestreben.

Im Kanton Bern sind dieses Jahr bereits über 20 Workshops geplant. So in Bern, Bolligen, Langnau, Münsingen, Schwarzenburg, Thun, Spiez. Von Steffisburg schicken Eltern ihre Kinder z.B. nach Heimberg oder Münsingen in diese Kurse.

Fragen:

1. Sind in den Steffisburger Schulleitungen diese Workshops thematisiert worden?
2. Wenn ja, hat die Schule vor, diese Angebote zu nutzen, im Unterricht zu integrieren und so allen Jugendlichen von Steffisburg zugänglich zu machen?
3. Ab wann und in welchem Zusammenhang?
4. Wenn nein, welches sind die Gründe, dass dieses Angebot nicht genutzt wird?

Erstunterzeichner, Samuel Wäfler, hat keine ergänzenden Bemerkungen anzubringen.

## **25 10.061.004 Einfache Anfragen**

### **Einfache Anfragen**

#### 25.1 Tagesschule

Barbara Canonica erkundigt sich, wie viele Anmeldungen für den Besuch der Tagesschule eingegangen sind. Ebenso möchte sie wissen, wie viel eine Tagesbetreuung für eine normal bürgerliche Familie kostet.

Ursulina Huder, Departementsvorsteherin Bildung ist abwesend. Sie wird jedoch an der GGR-Sitzung vom 29. April 2010 entsprechend Stellung nehmen.

#### 25.2 Betriebsbesichtigung

Ulrich Berger gibt bekannt, dass der Grosse Gemeinderat wieder die Möglichkeit haben wird einen Steffisburger Betrieb zu besichtigen, und zwar die Firma Rychiger AG. Dieser Anlass findet am 1. Juni 2010 statt. Die Einladung wird dem nächsten GGR-Versand beigelegt.

#### Informationen des GGR-Präsidenten

Gemäss Besprechung im Leitenden Ausschuss wird der Dachstock Höchhus weiterhin Sitzungsort des Grossen Gemeinderates bleiben. Der Leitende Ausschuss wird nicht tätig werden, um einen allfälligen Wechsel des Sitzungsortes zurück in die Aula Schönau in Betracht zu ziehen.

Heinz Gerber bittet die Fraktionschefs, an der nächsten GGR-Sitzung vom 29. April 2010 zehn Minuten früher im Sitzungssaal Höchhus zu erscheinen und sich bei ihm zu melden. Diese Information ist den abwesenden Fraktionschefs durch die Mitglieder der entsprechenden Fraktion weiterzuleiten.

#### Schluss der Sitzung um 19.20 Uhr

Grosser Gemeinderat Steffisburg  
Der Präsident

Der Gemeindeschreiber

Heinz Gerber

Rolf Zeller

Die Protokollführerinnen

Marianne Neuhaus

Erika Furrer

Alana Sohm

Die Stimmzählenden

Margret Bachmann

Fritz Kunz